

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 8

August 1953

## Inhalt

### Österreichs Wirtschaft vor Beginn der Herbstsaison 1953

Weltwirtschaftlicher Hintergrund — Nach schwachem Beginn, Erholung im 1. Halbjahr 1953 — Günstigere Aussichten für die zweite Jahreshälfte — Hohe Liquidität, aber Mangel an langfristigem Kapital

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel*

### Der Mineraldüngerverbrauch im Jahre 1952/53

### Volumen und Preise im österreichischen Außenhandel im 1. Halbjahr 1953

### Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Österreichs Wirtschaft vor Beginn der Herbstsaison 1953

**Weltwirtschaftlicher Hintergrund — Nach schwachem Beginn, Erholung im 1. Halbjahr 1953 — Günstigere Aussichten für die zweite Jahreshälfte — Hohe Liquidität, aber Mangel an langfristigem Kapital**

### Weltwirtschaftlicher Hintergrund

Die Weltwirtschaft hat die Störungen, die der Koreakonflikt ausgelöst hatte, größtenteils überwunden. Die Rohstoffpreise haben sich seit Anfang 1953 wieder auf dem Niveau vom 1. Halbjahr 1950 gefestigt, ungeachtet des Waffenstillstandes in Korea. Die wider Erwarten lebhaftere private Nachfrage, der weiterhin hohe öffentliche Bedarf, die noch immer rege private Investitionstätigkeit schaffen günstige Voraussetzungen für eine Mengenkonzunktur bei stabilen Preisen. Die wachsenden Gold- und Dollarreserven außerhalb der USA ermutigen zu einem weiteren Abbau der Handelsschranken und zur Wiederherstellung konvertibler Währungen.

Gewiß gibt es Länder, die ihre Anpassungsprobleme bisher noch nicht befriedigend lösen konnten. Einzelne europäische Staaten nutzen ihre Produktivkräfte nicht optimal, einige überseeische Rohstoffproduzenten sind durch den Preissturz auf den internationalen Rohwarenmärkten in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten. Im ganzen jedoch hat sich die Weltwirtschaft bemerkenswert gut dem „Käufermarkt“ angepaßt. Auf kurze Sicht darf daher wohl mit einer Aufwärtsentwicklung gerechnet werden.

Die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten*, die den Rhythmus der Weltwirtschaft bestimmt, befindet sich

in einem Zustand der Hochkonjunktur. Das Bruttonationalprodukt war im 1. Halbjahr 1953 mit 365 Mrd. Dollar (umgerechnet auf Jahresbasis) um 7% höher als im 1. Halbjahr 1952, die Industrieproduktion sogar um 11%. Ende August waren um 1 Million mehr Arbeitskräfte beschäftigt als vor einem Jahr; die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit 1,24 Mill. Menschen oder 1,9% des Arbeitskräftepotentials den niedrigsten Stand seit Kriegsende. Diese günstigen Ergebnisse sind keineswegs vorwiegend oder ausschließlich der Rüstung zu danken. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1952 haben die öffentlichen Ausgaben nur um 7,3 Mrd. Dollar, der private Konsum aber um 13,1 Mrd. Dollar und die privaten Investitionen um 9,0 Mrd. Dollar zugenommen. In den Warenhäusern wurde im Frühjahr mehr gekauft als während der Vorratskäufe nach Ausbruch des Koreakonfliktes, die Bautätigkeit erreichte eine Rekordhöhe.

Trotz dieses einzigartig günstigen Bildes erwarten einzelne Fachleute in absehbarer Zeit einen Konjunkturrückschlag. Nach allen Erfahrungen sei jeder längeren Hochkonjunktur — und die gegenwärtige ist die längste und intensivste in der amerikanischen Geschichte — eine nachhaltige Depression gefolgt. Einige latente Krisenherde seien nicht zu übersehen:

Produzenten und Händler seien mit Vorräten reichlich eingedeckt, die Konsumkredite hätten sich seit Aufhebung der Kreditrestriktionen übermäßig stark ausgeweitet, die Nachfrage nach bestimmten dauerhaften Konsumgütern (z. B. Autos) sei größtenteils gesättigt, die Familiengründungen und damit auch der Wohnbau werden zurückgehen. Das beachtliche Überangebot an landwirtschaftlichen Produkten mache hohe staatliche Stützungskäufe notwendig. Das Budget für das Fiskaljahr 1953/54 weise zwar noch ein Defizit von 6 Mrd. Dollar auf, die Staatsausgaben seien aber erstmalig seit Kriegsende niedriger als im Vorjahre. Präsident Eisenhower hat der Möglichkeit eines Konjunkturreinbruches Rechnung getragen und seinen beratenden Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Council of Economic Advisors) beauftragt, bis zum Herbst Vorschläge auszuarbeiten, wie gegebenenfalls einer Wirtschaftskrise wirksam begegnet und die Konjunktur stabilisiert werden könnte.

Weniger günstig ist die wirtschaftliche Lage der westeuropäischen Länder. Nur einzelnen Ländern, an der Spitze Westdeutschland, mit Abstand den Niederlanden und Italien, ist es gelungen, finanzielle Stabilität mit stetigem Wachstum des Sozialproduktes zu verbinden. In Frankreich, Finnland, Belgien und Schweden ist die Industrieproduktion niedriger oder höchstens so hoch wie im Vorjahre. Die Beschäftigung ist teils aus strukturellen Gründen, teils infolge unzureichender Nachfrage unbefriedigend. Besonders schwierig ist die Lage Frankreichs, das trotz Konjunkturschwäche im Inland und höherer Arbeitslosigkeit ein großes Defizit in der Zahlungsbilanz aufweist. Im ganzen jedoch hat sich die Wirtschaft in allen westeuropäischen Ländern nach dem schwachen Start zu Jahresbeginn im Frühjahr und Sommer wieder stärker belebt. Besonders die Konsumgüterindustrien haben sich nach dem Rückschlag vom Vorjahr erholt.

Über Erwarten günstig entwickelte sich die Dollarbilanz Westeuropas. Nach Berechnungen der ECE haben sich seine Gold- und Dollarbestände im I. Quartal 1953 um 450 Mill. Dollar vermehrt. Vor allem Großbritannien, Westdeutschland und die Niederlande konnten ihre Währungsreserven stärken. Die Zahlungsbilanz Westeuropas mit den USA (ohne Kredite und Geschenke der US-Regierung) wies im I. Quartal 1953 einen Überschuß von 82 Mill. Dollar auf. Im I. Quartal 1952 hatte noch ein Defizit von 530 Mill. Dollar bestanden. Im gleichen Zeitraum sind die europäischen Dollarimporte um 369 Mill. Dollar zurückgegangen, die Dollarexporte und der Überschuß im Dienstleistungsverkehr dagegen um 102 Mill. Dollar und 97 Mill. Dollar gestiegen. Im

II. Quartal 1953 hat sich die Dollarbilanz der wichtigsten westeuropäischen Länder weiter verbessert.

### Nach schwachem Beginn Erholung im 1. Halbjahr 1953 — Günstigere Aussichten für die zweite Jahreshälfte

Die österreichische Wirtschaft konnte im 1. Halbjahr 1953 nur teilweise befriedigen. Die Industrie produzierte um 4%, das Baugewerbe um 6% weniger als im 1. Halbjahr 1952. Die Bundesbahnen litten unter der Konkurrenz des Straßenverkehrs und beförderten um 14% weniger Güter. Die Forstbetriebe schlugerten zwar ebensoviel Holz wie im Vorjahr, aber um 12% weniger als im Jahre 1951. Nur der Fremdenverkehr und die Landwirtschaft schnitten günstiger ab. Das Fremdenverkehrsgewerbe erfreute sich eines ausgezeichneten Besuches ausländischer Gäste und buchte um 7% mehr Übernachtungen. Die Leistungssteigerung in der Landwirtschaft war vor allem der ausreichenden Versorgung mit Futtermitteln, der fortschreitenden Mechanisierung und nicht zuletzt dem guten Wetter zu danken. Da der Selbstverbrauch der Landwirte vielfach zurückging und Vorräte abgebaut wurden, wuchs das Angebot landwirtschaftlicher Produkte auf den Märkten.

Im Ganzen war das reale Bruttonationalprodukt der österreichischen Wirtschaft im 1. Halbjahr 1953 um 2% niedriger als im 1. Halbjahr 1952. Die Wirtschaft beschäftigte um 52.100 weniger Arbeitskräfte, bei den Arbeitsämtern bewarben sich um 46.200 mehr Personen um Arbeit als im Vorjahre. Die Rate der Arbeitslosigkeit war mit 10% des Angebotes an unselbständigen Arbeitskräften die höchste seit Kriegsende.

Dieses unbefriedigende Halbjahresergebnis geht hauptsächlich auf die besonders niedrige Produktion und Beschäftigung in den Monaten Jänner und Februar zurück. Im II. Quartal 1953 haben sich die meisten Wirtschaftszweige sogar stärker als saisongemäß belebt. Der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion stieg um 1,9%, der saisonbereinigte Beschäftigungsindex um 3,4%. Die Leistungen der Bundesbahnen im Güterverkehr, die im II. Quartal 1952 um 5,4% abgenommen hatten, erhöhten sich heuer um 5,5%. Auch die Arbeitslosigkeit ging mehr als saisonüblich zurück. In den Sommermonaten haben in der Industrie Produktion und Beschäftigung den Stand vom Vorjahr wieder annähernd erreicht, in der Landwirtschaft sogar überschritten.

Für eine weitere Belebung der Wirtschaft im Herbst sprechen verschiedene Anzeichen: der Abschluß größerer Aufträge auf den Messen, die sehr günstige Entwicklung des Exportes und die Nach-

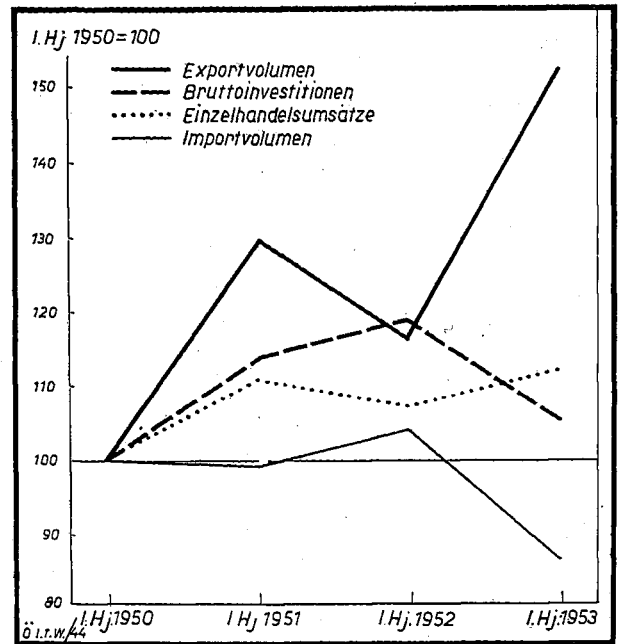
frage im Einzelhandel, die schon im Sommer bemerkenswert rege gewesen war. Vor allem aber haben die hohen Überschüsse im Devisenverkehr Liquidität und Gesamtnachfrage der Wirtschaft gesteigert. Da die Lager stark gelichtet sind, dürfte die zu erwartende stärkere Nachfrage unmittelbar die Produktion beleben.

Jedenfalls ist der Spielraum für eine Mengenkonzunktur ziemlich groß. Die Industrieproduktion pro Arbeitstag lag im Juni um 4,3% unter dem bisherigen Höchststand vom November 1951, obwohl seither neue Kapazitäten zugewachsen sind und kaum noch Engpässe die Produktion hemmen. Ende August waren um 64.700 weniger Arbeitskräfte beschäftigt und um 58.600 mehr Stellensuchende vorgemerkt als im August 1951. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die in Arbeit stehenden Arbeitskräfte nicht immer produktiv beschäftigt werden können. Obwohl viele Betriebe technisch leistungsfähiger geworden sind, ist die Produktivität der Industrie (Produktion je Kopf der Beschäftigten) gegenwärtig nicht höher als vor einem Jahr. Vielfach werden aus sozialen und allgemein wirtschaftlichen Erwägungen nicht voll beschäftigte Arbeitskräfte gehalten. Die österreichische Wirtschaft verfügt also noch über größere Reserven an sachlichen Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die bei steigender Konjunktur ausgeschöpft werden könnten.

Im Spiel der konjunkturbestimmenden Kräfte haben sich seit Anfang 1953 neue Schwerpunkte gebildet. Im 1. Halbjahr 1952 verursachte der Rückgang des privaten Konsums und das hohe Defizit in der Zahlungsbilanz eine Abschwächung der Konjunktur, die nur dank hohen Investitionen und einer stärkeren Zunahme der Vorräte in engen Grenzen gehalten werden konnte. Gegenwärtig ist es gerade umgekehrt: die Zahlungsbilanz und der private Konsum stützen die Konjunktur, während die Investitionstätigkeit stagniert und die Vorräte möglichst klein gehalten werden.

Das laufende Defizit der Zahlungsbilanz ist von 111 Mill. Dollar im 1. Halbjahr 1952 auf 10 Mill. Dollar im 1. Halbjahr 1953 zurückgegangen. Diesem geringfügigen Defizit standen Einnahmen von 27 Mill. Dollar aus der Auslandshilfe und Eingänge von 17 Mill. Dollar aus anderen Kapitaltransaktionen gegenüber. Die Devisenreserven konnten daher im 1. Halbjahr 1953 um 34 Mill. Dollar vermehrt werden. In den Sommermonaten hat sich die Zahlungsbilanz — wie die starke Zunahme der Devisenreserven der Notenbank und die hohen Überschüsse gegenüber der Europäischen Zahlungsunion erkennen lassen — weiter verbessert.

**Belebung der Wirtschaft dank günstiger Entwicklung der Zahlungsbilanz und hohen privaten Konsumausgaben**  
(Normaler Maßstab; 1. Halbjahr 1950 = 100)



In der inflationistisch übersteigerten Hochkonjunktur nach Ausbruch des Koreakonfliktes haben sowohl die Exporte als auch die heimische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern beachtlich zugenommen. Diese starken Auftriebskräfte waren jedoch Anfangs 1952 großteils erschöpft. Der Rückschlag im Export sowie die Zunahme der Importe erhöhte das Güterangebot im Inlande, während gleichzeitig der private Konsum zurückging. Nur dank der noch immer beachtlichen Investitionstätigkeit und der Bildung größerer Vorräte konnte die Konjunkturschwäche in engen Grenzen gehalten werden. Im 1. Halbjahr 1953 haben sich im Spiel der konjunkturbestimmenden Kräfte neue Schwerpunkte gebildet. Die günstige Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz sowie die leichte Belebung des privaten Konsums regen die Konjunktur an, während die heimische Investitionstätigkeit merklich nachläßt.

Die günstige Devisenbilanz resultiert sowohl aus höheren Erlösen als auch aus geringeren Ausgängen. Das Ausland hat seit Mitte 1952 in steigendem Maße österreichische Güter und Dienstleistungen nachgefragt. Im 1. Halbjahr 1953 haben Ausländer Waren und Dienstleistungen im Werte von 303 Mill. Dollar gekauft, im 1. Halbjahr 1952 nur um 285 Mill. Dollar. Das für die Produktion und Beschäftigung ausschlaggebende Exportvolumen ist noch stärker gestiegen als der Exporterlös, da die Preise für Exportgüter gefallen sind. Nach überschlägigen Berechnungen waren im 1. Halbjahr 1953 um fast 30.000 mehr Arbeitskräfte in Industrie, Gewerbe und Forstwirtschaft unmittelbar oder mittelbar für den Export beschäftigt als im 1. Halbjahr 1952. Im gleichen Zeitraum ist die Exportquote der Industrie von 18% auf nahezu 25% gestiegen.

Andererseits gibt die heimische Wirtschaft gegenwärtig relativ mehr für heimische Erzeugnisse und relativ weniger für ausländische Güter aus. Die Importe (einschließlich Dienstleistungen) sind von 396 Mill. Dollar im 1. Halbjahr 1952 auf 314 Mill. Dollar im 1. Halbjahr 1953 zurückgegangen. (Ein Teil der Importe dürfte durch den Abbau von Vorräten entbehrlich geworden sein.) Durch eine Bevorzugung heimischer Produkte wurden zusätzlich Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die vermutlich nicht geringer waren als die durch den Export erzielte Mehrbeschäftigung.

Der *private Konsum* war im 1. Halbjahr 1953 um 5% höher als im 1. Halbjahr 1952. Die bemerkenswerte Nachfrage nach Konsumgütern kann teilweise durch das höhere Realeinkommen der Unselbständigen erklärt werden. Die Nachziehung niedriger Löhne, die Entnivellierung der Gehälter sowie höhere Renten, Pensionen und sonstige Unterstützungen haben den Einkommensausfall, der durch den Rückgang der Beschäftigung verursacht wurde, wettgemacht. Da die Preise im Durchschnitt etwas niedriger waren als im Vorjahr, ist die Kaufkraft der Einkommen leicht gestiegen. Dazu kommt, daß die Bevölkerung auch wieder kaufflüchtiger zu werden scheint. Seitdem die Preise nicht mehr sinken und viele Haushalte dank der Konsumeinschränkung im Vorjahre wieder über größere Barreserven verfügen, wird wieder der überwiegende Teil des laufenden Einkommens ausgegeben. Die Ausweitung des Ratengeschäftes regt besonders die Nachfrage nach dauerhaften Gütern an.

Der Einzelhandel verkaufte im 1. Halbjahr 1953 mengenmäßig um 4,9% mehr als im 1. Halbjahr 1952. Besser als im Vorjahre war insbesondere der Absatz von Nahrungsmitteln und Textilien, mit Abstand auch von Schuhen und „sonstigen“ Bedarfsgegenständen. Nur Möbel und Hausrat blieben vielfach unverkäuflich. Auch in der Urlaubszeit erfreute sich der Handel einer lebhaften Nachfrage, seine Mengenumsätze waren im Juli 1953 um 10% höher als im Juli 1952. Aus den schon erwähnten Gründen – Entnivellierung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, Lohnnachziehungen, Aufhebung der Einkommengrenze für Kinderbeihilfen usw. – wird voraussichtlich auch das Herbstgeschäft florieren.

Auch jene Waren und Leistungen, die nicht oder nur teilweise vom Einzelhandel verkauft werden, wurden stärker nachgefragt. Im 1. Halbjahr 1953 wurden um 16% mehr Milch und Milchprodukte, um 9% mehr Fleisch und um 12% mehr Bier konsumiert als im 1. Halbjahr 1952. Große Fortschritte macht zur Zeit in Österreich auch die Motorisierung.

Im 1. Halbjahr 1953 wurden um 16% mehr Personenkraftwagen und um 131% mehr Motorräder und Roller neu angemeldet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Trotzdem wurde nicht mehr Benzin verbraucht, da der hohe Benzinpreis und die Steuern einen möglichst sparsamen Betrieb nahelegen.

Die Konsumgüterindustrie zog nicht nur aus der Belebung des heimischen Absatzes, sondern auch aus der Verbesserung der Exportchancen Nutzen. Vor allem Textilien, aber auch Papier, Holz- und Kautschukwaren konnten in größeren Mengen exportiert werden. Im allgemeinen dürfte die Konsumgüterindustrie den Rückschlag vom Jahre 1952 wieder überwunden haben. Die Leder- und Schuhindustrie, die Papierindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie produzierten im 1. Halbjahr 1953 um 8,5%, 3,4% und 2,5% mehr als im 1. Halbjahr 1952. Der saisonbereinigte Produktionsindex der Textilindustrie ist vom Tiefpunkt im III. Quartal 1952 bis zum II. Quartal 1953 um 19% gestiegen. Das hohe Produktionsniveau vom Herbst 1951 wurde bisher allerdings nur vereinzelt, z. B. in der Schuhindustrie, wieder erreicht.

Der Belebung des privaten Konsums steht der Rückgang der *Bruttoinvestitionen* der österreichischen Wirtschaft seit Anfang 1953 gegenüber. Im 1. Halbjahr 1953 wurden um 11% und 5% weniger investiert als im 1. und 2. Halbjahr 1952. Die Bautätigkeit hat sich zwar nach schwachem Start im Frühjahr in den Sommermonaten wieder etwas erholt, war aber auch im II. und III. Quartal 1953 noch um 4% und 3% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Anschaffungen beweglicher Anlagegüter, wie Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte, sind entgegen den Saisonerwartungen im II. Quartal 1953 neuerlich um 10% zurückgegangen; sie waren um 20% niedriger als im II. Quartal 1952. Auffallend schwach war die Nachfrage nach Maschinen und Nutzfahrzeugen.

Die Absatzschwierigkeiten vieler Investitionsgüterindustrien konnten auch durch die Drosselung der Investitionsgüterimporte – das Einfuhrvolumen war im 1. Halbjahr 1953 um 31% niedriger als im 1. Halbjahr 1952 – nicht behoben werden, da auch der Export keinen Ausweg bot. Die Gesamtproduktion der Investitionsgüterindustrien war im 1. Halbjahr 1953 um 7% niedriger als im 1. Halbjahr 1952; in den Gießereien, in der Elektro-, Baustoff- und Maschinenindustrie wurde sogar um 24%, 23%, 12% und 17% weniger produziert.

Der Rückfall der Investitionstätigkeit hat verschiedene Gründe. Die noch vor der Konjunkturabschwächung begonnenen Investitionen sind groß-

teils abgeschlossen und neue Investitionen werden angesichts der unsicheren Absatzlage nur zögernd begonnen. Selbst wenn infolge der Überschüsse in der Devisenbilanz und der kräftigeren Nachfrage des privaten Konsums die erwartete Konjunkturbelebung eintritt, wird die Wirtschaft nicht sofort mit langfristigen und risikoreichen Investitionen beginnen. In vielen Fällen ist wohl die Investitionsbereitschaft vorhanden, nicht aber das hierzu erforderliche langfristige Kapital. Im 1. Halbjahr 1953 standen für Industrieinvestitionen nur 265 Mill. S Counterpartmittel zur Verfügung, die Kreditinstitute gewährten sogar nur wenig längerfristige Kredite, wiewohl die Spareinlagen beachtlich gewachsen waren. Die raschere Ausgabe der im Budget vorgesehenen Investitionskredite, die Vorfinanzierung der Energieanleihe und der Schweizer Postkredit konnten den Mangel an langfristigem Kapital nur teilweise lindern.

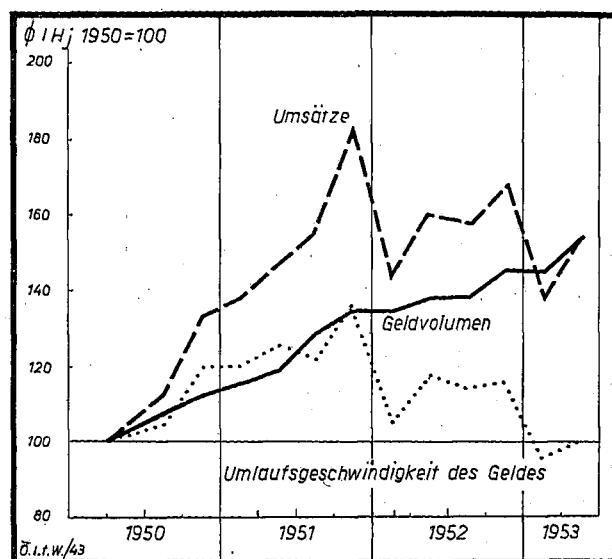
### Hohe Liquidität — Mangel an langfristigem Kapital

Das zirkulierende Geldvolumen ist auch nach der Stabilisierung von Preisen und Löhnen im Herbst 1951 zunächst langsam, ab Frühjahr 1953 jedoch stärker gestiegen. Ende 1952 war es um 7·6%, Ende Juli 1953 bereits um 17·5% höher als Ende 1951. Allein von Mai bis Juli 1953 wurden der Wirtschaft 1.539 Mill. S zusätzliche Umlaufmittel zugeführt. Sofern in den nächsten Monaten nicht stärkere restriktive Faktoren wirksam werden, dürfte das gesamte Geldvolumen Ende 1953 um 15% höher sein als Ende 1952 und um 25% höher als Ende 1951.

Diese beachtliche Ausweitung des Geldvolumens steht in einem auffallenden Widerspruch zur Entwicklung von Produktion, Einkommen und Umsätzen. Auf Grund der Umsatzsteuereingänge (auf Basis unveränderter Steuersätze) läßt sich errechnen, daß die Gesamtumsätze der Wirtschaft von Mitte 1951 bis Mitte 1952 (hauptsächlich wegen der Preissteigerungen im 2. Halbjahr 1951) um 8·5% gestiegen, von Mitte 1952 bis Mitte 1953 aber um 4·5% zurückgegangen sind, während das Geldvolumen in diesen Zeitabschnitten um 15·7% und 12·2% ausgeweitet wurde. Betriebe und Haushalte verfügten demnach Mitte 1953, im Verhältnis zu ihren Umsätzen und Einkommen, über um 17·3% mehr liquide Mittel als Mitte 1952 und um 25·0% mehr als Mitte 1951.

Dieser Vergleich vernachlässigt die Spareinlagen, die gewöhnlich nicht zum aktiven Geldvolumen gerechnet werden. Spargelder bis 5.000 S können jedoch jederzeit abgehoben werden und sind praktisch ebenso liquide wie Bargeld. Einschließlich der Sparein-

### Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (Normaler Maßstab; 1. Halbjahr 1950 = 100)



Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes war in den letzten Jahren stärkeren Schwankungen unterworfen. Nach Ausbruch des Koreakonfliktes waren Betriebe und Haushalte bestrebt, ihre Barreserven möglichst niedrig zu halten und Erlöse und Einkommen rasch wieder auszugeben. Die volkswirtschaftlichen Gesamtumsätze (gemessen an den Umsatzsteuereinnahmen auf Basis konstanter Steuersätze) sind daher stärker gestiegen als das Geldvolumen. Unmittelbar nach dem fünften Preis-Lohn-Abkommen war die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes um 36% höher als im 1. Halbjahr 1950.

Die erfolgreiche Stabilisierung von Preisen und Löhnen löste eine Gegenreaktion aus. Betriebe und Haushalte behielten einen Teil ihrer Geldeinnahmen und erhöhten auf diese Weise allmählich wieder ihre Barreserven. Obwohl das Geldvolumen auch nach Beginn der Stabilisierungspolitik ausgeweitet wurde, gingen die volkswirtschaftlichen Gesamtumsätze leicht zurück. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes war im 1. Halbjahr 1953 um 38% niedriger als im IV. Quartal 1951 und um 2% niedriger als im 1. Halbjahr 1950.

Diese starken Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit erschweren eine zielbewußte Geldpolitik. Die Währungsbehörden können nicht mehr nach dem einfachen Rezept operieren, das Geldvolumen solle und dürfe so stark ausgeweitet werden wie die Produktion zunimmt, sondern müssen ihre Entscheidungen auf Grund einer eingehenden Analyse aller konjunkturbestimmenden Fakten treffen.

lagen waren die liquiden Mittel der Wirtschaft im Verhältnis zu den Gesamtumsätzen Mitte 1953 um 20·8% höher als Mitte 1952 und um 30·2% höher als Mitte 1951.

In dieser hohen Liquidität wird vielfach eine Gefahr für die Währung erblickt. Nach einer weitverbreiteten Vorstellung darf und soll die Geldmenge jeweils nur in dem Maße ausgeweitet werden wie die Produktion zunimmt. Die ungleichmäßige Entwicklung der Geld- und Güterseite gefährdet notwendigerweise die Stabilität der Wirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkte wird nun die Frage aufgeworfen, ob

die hohen Devisenüberschüsse, auf die die Ausweitung des Geldvolumens hauptsächlich zurückgeht und die bisher als ein bemerkenswerter Erfolg der Stabilisierungspolitik gewertet wurden, für die österreichische Wirtschaft wirklich vorteilhaft seien.

Diese Besorgnisse wären berechtigt, wenn annähernd Vollbeschäftigung bestünde und die Geldausgaben der Wirtschaft proportional mit der Geldmenge stiegen. Unter diesen Bedingungen müßte eine Ausweitung des Geldvolumens inflationistisch wirken. Tatsächlich aber treffen diese Voraussetzungen gegenwärtig nicht zu. Die österreichische Wirtschaft verfügt zur Zeit noch über größere unausgenützte Reserven an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln. Eine mäßige Belebung der Nachfrage würde vorerst nur Produktion und Beschäftigung anregen, ohne die Preis-Lohn-Stabilität zu gefährden.

Außerdem steigen die Geldausgaben nicht notwendigerweise mit der jeweils verfügbaren Geldmenge. Der oben angeführte Vergleich von Gesamtumsätzen und Geldvolumen deutet darauf hin, daß die Zunahme der Geldmenge durch eine Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes aufgewogen wurde. Die zusätzliche Geldmenge, die seit Anfang 1952 der Wirtschaft zugeführt wurde, hat bisher im wesentlichen nur das Bedürfnis der Betriebe und Haushalte nach höherer Liquidität befriedigt. Sie reichte aber zumindest bisher nicht aus, die Gesamtausgaben der Wirtschaft in Einklang mit den Produktionsmöglichkeiten zu steigern.

Im übrigen hat es die Wirtschaftspolitik jederzeit in der Hand, durch Lockerung der Einfuhrbeschränkungen den Zustrom von Devisen einzudämmen. Die Gläubigerstellung Österreichs im Rahmen der EZU legt ohnehin nahe, die bisher nur bescheidene Liberalisierung zu erweitern. Auch im nicht-liberalisierten Bereich der Einfuhr lassen sich Einfuhrbeschränkungen und Devisenvorschriften so handhaben, daß sie den freien internationalen Austausch von Waren und Leistungen praktisch kaum hemmen. Dieses Verfahren hatte die österreichische Wirtschaftspolitik bereits vor 1938 mit Erfolg praktiziert, als sie im Rahmen einer theoretisch totalen Devisenbewirtschaftung stillschweigend ein weitgehend liberales Außenhandelsregime einrichtete.

Die durch den Devisenüberschuß hervorgerufene Ausweitung des Geldvolumens wirkt, wie oben ausgeführt wurde, zumindest zunächst nicht inflationistisch, sondern erleichtert gegenwärtig die an sich wünschenswerte Belebung der Binnenkonjunktur. Trotzdem hat diese Art der Konjunkturbelebung zwei nicht zu übersehende Schwächen. Die eine liegt darin,

daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht voraussehen läßt. Die „Liquiditätsvorliebe“ der Wirtschaft hängt von politischen Ereignissen, den Konjunkturerwartungen und anderen unwägbareren Einflüssen ab. Betriebe und Haushalte können unvermittelt zur Auffassung gelangen, daß bereits ein zu großer Teil ihres Gesamtvermögens aus liquiden Mitteln besteht, und die Neigung verspüren, mehr Geld auszugeben. Die Wirtschaftspolitik geht folglich ein Risiko ein, wenn sie die gegebene Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gleichsam als eine konstante Größe betrachtet und die Geldmenge so lange steigen läßt, bis ein hoher Beschäftigungsstand erreicht ist.

Die zweite Schwäche einer Konjunkturbelebung mit Hilfe von Devisenüberschüssen liegt darin, daß diese an und für sich unproduktiv sind. Jede Volkswirtschaft braucht zwar Guthaben in ausländischer Währung, um ihren internationalen Zahlungsverkehr reibungslos abwickeln und innerhalb bestimmter Grenzen eine autonome Konjunkturpolitik treiben zu können. Was die konkrete österreichische Situation anlangt, so mag der gegenwärtige Devisenschatz der Nationalbank in Höhe von rund 5 Mrd. S im Hinblick auf die als Endziel angestrebte Konvertierbarkeit der Währung noch keineswegs überhöht sein<sup>1)</sup>. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß Devisen keine oder nur geringe Zinsen tragen und nicht helfen, die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es aber, nicht nur Beschäftigung schlechthin zu schaffen, sondern mit ihr auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Auf Grund dieser Überlegungen schiene es zweckmäßiger, die Konjunktur nicht durch Schaffung zusätzlichen Geldes, sondern durch besseres Ausnützen des bestehenden Geldvolumens, und weiters, nicht mit Hilfe kurzfristiger Auslandsguthaben (Devisen), sondern durch heimische Investitionen, die der Leistungssteigerung dienen, anzuregen. Beide Forderungen könnte zweifellos am besten ein leistungsfähiger Kapitalmarkt erfüllen.

Wäre es möglich, einen Teil der gegenwärtig in liquider Form gehaltenen Ersparnisse dem Kapitalmarkt zuzuführen, dann könnte die Wirtschaft ohne Ausweitung des Geldvolumens belebt werden. Die

<sup>1)</sup> Die valutarische Deckung des Gesamtumsatzes der Nationalbank ist gegenwärtig mit 47% sogar höher als im Jahre 1937 mit 31%. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Devisenreserven der österreichischen Wirtschaft gegenwärtig zum überwiegenden Teil bei der Nationalbank konzentriert sind, während vor dem Kriege auch die Devisenbanken und die Exporteure über höhere Devisenbestände verfügten.

Umwandlung von liquiden in illiquide Ersparnisse würde die Stabilität der Wirtschaft festigen und die Risiken einer aktiven Beschäftigungspolitik verringern. Wohl könnte auch der einzelne Wertpapiersparer seine Papiere verkaufen und den Erlös konsumieren. In diesem Falle müßten sich jedoch andere Käufer finden, die ihrerseits bereit wären, auf Liquidität zu verzichten.

Ein reichlicheres Angebot an langfristigem Kapital würde aber auch die Investitionstätigkeit anregen. Gegenwärtig ist langfristiges Kapital für Investitionen so gut wie nicht erhältlich. Die Sparer sind nicht bereit, Obligationen oder Aktien zu kaufen, die Kreditinstitute meiden längerfristige Finanzierungen und die übrigen Kapitalsammelstellen, wie Versicherungen und Sozialversicherungen, besitzen nur geringe Überschüsse für längerfristige Engagements. Viele Klein- und Mittelbetriebe, die nicht über genügend Eigenkapital verfügen, müssen daher rentable und gesamtwirtschaftlich produktive Investitionen zurückstellen. Kurzfristige Bankkredite können langfristiges Kapital immer nur zum Teil ersetzen, nicht nur weil sie zu teuer sind, sondern auch, weil es für jeden Betrieb zu riskant wäre, sich in größerem Umfange kurzfristig zu verschulden. Aber auch für die Banken selbst ist es unter den gegebenen Voraussetzungen nicht unbedenklich, jederzeit abrufbare Gelder für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Die großen Vorteile, die ein Kapitalmarkt bietet, rechtfertigen daher die größten Anstrengungen für seinen Aufbau. Man muß sich jedoch von vorneherein klar sein, daß es sich dabei um eine überaus schwierige und jedenfalls nicht kurzfristig zu lösende Aufgabe handelt. Es wird nicht genügen, bloß einige finanztechnische und rechtliche Hindernisse zu beseitigen, wie die geringe Zinsdifferenz zwischen liquiden und illiquiden Ersparnissen, die steuerliche Begünstigung der Selbstfinanzierung, das Fehlen echter Bilanzen und die unzureichenden Rechte der Aktionäre. Wahrscheinlich wird man auch das Wertpapiersparen steuerlich begünstigen und die Ertragsfähigkeit der Unternehmungen durch eine Reform der direkten Steuern erhöhen müssen.

Gleichzeitig dürfen aber auch die Schwierigkeiten, die im Psychologischen liegen, nicht übersehen werden. Der österreichische Sparer scheint eine aus tieferen, vielleicht historisch und soziologisch erklärbaren Quellen genährte Abneigung gegen das Wertpapier, insbesondere gegen die Aktie, zu haben. Der Kapitalmarkt war bereits vor dem ersten Weltkriege nicht sehr ergiebig. Die Sparer in Österreich bevorzugten seit eh und je das Kontensparen. Ihre schwache Beteiligung an Neuemissionen hat schon früh die Banken gezwungen, in die Bresche zu springen. Hier liegt vielleicht die wichtigste Erklärung, warum fast alle großen österreichischen Industriefirmen mit Hilfe von Bankbeteiligungen und Bankkrediten gegründet und finanziert worden sind. Die Erschütterung der Währung in den Inflationen des ersten und zweiten Weltkrieges und in den Nachkriegsjahren haben das Mißtrauen der Sparer noch verstärkt. Wiewohl die Stabilisierung unserer Währung seit 1952 bereits eine Atmosphäre größeren Vertrauens geschaffen und die Bevölkerung wieder zu sparen begonnen hat, möchten die Sparer ihre Rücklagen doch lieber jederzeit griffbereit halten. Die breiten Schichten der Sparer müssen erst durch gründliche Aufklärungsarbeit von den Vorteilen des Wertpapiersparens überzeugt und nicht zuletzt durch das gute Beispiel verantwortungsbewußter, repräsentativer Sparerkreise ermutigt werden, ihre Ersparnisse ebenfalls längerfristig zu binden.

Aber selbst bei tatkräftiger Förderung durch die Wirtschaftspolitik wird es doch nur allmählich möglich sein, den Kapitalbedarf der öffentlichen Hand und der privaten Unternehmungen auf dem heimischen Kapitalmarkt zu decken. In der Übergangszeit werden, wenn man auf einen hohen Beschäftigtenstand und auf ein stetiges Wachstum der Produktion nicht verzichten will, wohl behelfsmäßige Finanzierungsformen gefunden werden müssen, die dem Liquiditätsbedürfnis der Sparer entgegenkommen. In diesem Zusammenhang kann unter anderen an zusätzliche Counterpart-Freigaben und an Kapital gedacht werden, das ausländische Geldgeber dem Staate oder einzelnen kreditwürdigen Unternehmern zur Verfügung stellen.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Die Geldmenge nimmt weiter zu. Im Juli wurden 332 Mill. S Noten und Münzen zusätzlich in Umlauf gebracht und 208 Mill S auf Scheckkonten eingelegt. Nur die freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank gingen wegen saisongemäß niedriger Steuereingänge um 11 Mill. S zurück. Das gesamte *Geldvolumen* stieg im Juli um 530 Mill. S und überschritt mit 20.332 Mill. S (vorläufige Zahl) bereits um 1.721 Mill S den Stand zu Jahresbeginn. Im August ist der Bargeldumlauf um weitere 140 Mill. S gestiegen. Hält diese Entwicklung an, so muß für das Jahr 1953 mit einer Ausweitung des gesamten Geldvolumens um rund 15% gerechnet werden.

Die stärkste expansive Wirkung ging auch im Juli vom Zahlungsverkehr mit dem Auslande aus. Die *Gold- und Devisenbestande* der Notenbank stiegen um 779 Mill. S, gegen 578 Mill. S im Juni. Davon stammten 471 Mill. S oder 18.1 Mill. \$ aus Überschüssen im Zahlungsverkehr mit der EZU. Im August war der Devisenzuwachs mit 787 Mill. S noch höher als im Juli.

Die seit über einem Jahr mit nur geringen Unterbrechungen anhaltend hohen Überschüsse im Zahlungsverkehr haben die *valutarische Deckung* des Geldumlaufes sprunghaft erhöht. Mitte 1952 waren nur 7.2% des „Gesamtumlaufes“ der Notenbank (Banknoten und freie Giroverbindlichkeiten) durch Gold und Devisen gedeckt, Ende August 1953 aber bereits 46.5%. Im gleichen Zeitraum ging die Deckung durch Handelswechsel von 18.6% auf 7.7% und die durch Schatzscheine von 26.4% auf 5.8% zurück. Die valutarische Deckung des Gesamtumlaufes ist gegenwärtig sogar höher als vor dem Kriege<sup>1)</sup> (31.2% im Jahre 1937). Wenngleich Wert und Stabilität einer Währung nicht unmittelbar von Art und Höhe ihrer

Deckung abhängen, so sind doch reichliche Devisenreserven für ein kleines, stark vom Außenhandel abhängiges Land sehr wertvoll. Sie gestatten ein freizugiges Auenhandelsregime, festigen die internationale Geltung des Schillings und erleichtern eine elastische Konjunkturpolitik.

Außer der Zunahme des Devisenbestandes wirkte im Juli – allerdings in weit geringerem Maße – die *Ausweitung des Kreditvolumens* expansiv. Alle Kreditinstitute zusammen gewährten 137 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite (ohne Vorschüsse auf Aufbaukredite). An der Spitze standen die Sparkassen mit einer Kreditausweitung von 62 Mill. S; es folgten die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit je 30 Mill. S, die Hypothekenanstalten mit 15 Mill. S und die Banken mit 3 Mill. S.

Die Zunahme der kommerziellen Kredite war auch im Juli mit 137 Mill. S geringer als der Einlagenzuwachs der Kreditinstitute von 320 Mill. S. Einen Teil der überschüssigen Mittel – 120 Mill. S – legten sie in Bundesschatzscheinen an, die sie von der Notenbank zuruckkauften. Außerdem haben sie ihre Liquiditätsreserven weiter aufgefüllt. Die freien Giro Guthaben der Kreditinstitute stiegen im Juli um 208 Mill. S, die I. Liquidität der den Banken abkommen unterliegenden Institute erhöhte sich von 18.3% auf 19.1%.

Die expansive Wirkung steigender Devisenreserven und zusätzlicher Kommerzkredite wurde durch einen Einzahlungsubersch auf dem Counterpartkonto sowie durch einen saisonbedingt niedrigen Zuwachs an Spareinlagen nur wenig abgeschwächt. Das Konto „Zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten öffentlicher Stellen“ bei der Notenbank nahm im Juli um 79 Mill. S zu. Da außerdem die Wirtschaft 82 Mill. S Aufbaukredite zuruckzahlte, die nicht auf das Counterpartkonto sondern an die Notenbank zuruckflossen (Verminderung der von der Notenbank eskontierten Aufbauwechsel), entzog die *Counterpartgebarung* der Wirtschaft im Juli 161 Mill. S Umlaufsmittel. Auf *Sparkonten* wurden bei den Kreditinstituten 110 Mill. S eingelegt, um 12 Mill. S mehr als im Juli 1952. Da bereits in den ersten sieben Monaten 1953 über 1 Mrd. S neue Spareinlagen gebildet wurden gegen nur 785 Mill. S im gleichen Zeitraum 1952, kann bis Jahresende mit einem Gesamtzuwachs von rund 1.5 Mrd. S gerechnet werden.

Der *Effektenmarkt* an der Wiener Börse hat sich im August etwas belebt. Der Kursindex von 36 Industrieaktien stieg von Mitte Juli bis Mitte August um 2.3%. Gleichzeitig zogen die Notierungen für Anlagepapiere an. Der Index für festverzinsliche Werte stieg um 0.2% und der Kurs der Aufbauanleihe

### Deckung des Gesamtumlaufes<sup>1)</sup> der Notenbank

Zeit	Gold- und Devisen	Handelswechsel	Schatzscheine
	in % des Gesamtumlaufes		
Ø 1937 .....	31.2	16.6	—
1948 XII .....	1.9	0.2	16.1
1949 XII .....	2.6	2.1	28.2
1950 XII .....	6.4	4.2	25.1
1951 XII .....	6.9	18.7	24.1
1952 VI .....	7.2	18.6	26.4
XII .....	22.5	12.4	17.2
1953 VIII .....	46.5	7.7	5.8

<sup>1)</sup> Banknotenumlauf und freie Giroverbindlichkeiten der Notenbank.

<sup>1)</sup> Allerdings ist zu berücksichtigen, daß gegenwärtig fast die gesamten Devisenreserven der österreichischen Wirtschaft bei der Nationalbank konzentriert sind, während vor dem Kriege auch die Devisenbanken und die Exporteure über namhafte Devisenbestande verfügten.



um 1 3/4%. Den stärksten Kursgewinn verzeichnete die 2% Bundesschuldverschreibungen 1947. Für 100 S Nominale wurden Mitte August 70'50 S geboten gegen 63'75 S Mitte Juli und 49'— S Mitte März.

## Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9

Die *internationalen Rohwarenmärkte* haben sich im August etwas belebt. Besonders die Preise für Zinn und Kautschuk, welche Anfang August den niedrigsten Stand seit 1949 und Frühjahr 1950 erreicht hatten, sind im Laufe des Monats leicht gestiegen. Den Zinnpreisen gaben hauptsächlich die für Herbst geplanten Verhandlungen über ein Weltzinnabkommen neuen Auftrieb. Die Londoner Kupfernotierungen wurden zwar Anfang August durch den freien Handel, der nach 14jähriger Pause wieder an der Londoner Metallbörse zugelassen wurde, um 20% gedrückt; dank einer lebhaften Nachfrage konnten sich jedoch die Preise im Laufe des August wieder um 10% erholen. Die amerikanischen Preisnotierungen für Schmalz sind im August um die Hälfte gestiegen. Diese Entwicklung bestätigt die Vermutung, daß der Ende Juli abgeschlossene Waffenstillstand in Korea keine Baisse auslösen werde.

Das *inländische Preisniveau* hat sich im Berichtszeitraum etwas erhöht. Die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sind um je 1'8% gestiegen. Die wenigen, vorwiegend saisonbedingten Preisrückgänge wurden durch Preiserhöhungen bei anderen Waren überkompensiert. Von Bedeutung waren im August vor allem die auf verschiedene Ursachen zurückgehenden Preiserhöhungen für Kommerzeisen und Schweinefleisch. Über die Erhöhung der Inlandspreise für Kommerzeisen ab 1. August um 14 bis 17% wurde bereits im letzten Heft<sup>4)</sup> ausführlich berichtet<sup>5)</sup>. Noch stärker, nämlich bis zu 27%, hat der Eisenhandel seine Lagerpreise erhöht. Die Verbraucherpreise für Eisenwaren sind jedoch bisher größtenteils unverändert geblieben. Nunmehr fordert auch die Edeldahlindustrie eine Steigerung ihrer Inlandspreise um 15%; über diese Forderung wird derzeit zwischen der stahlerzeugenden und der stahlverarbeitenden Industrie verhandelt.

Die Schweinefleischpreise in Wien sind im 1. Halbjahr 1953 stetig gesunken, haben jedoch im Juli wieder leicht angezogen und sind im August sprunghaft auf den hohen Stand vom Jänner ge-

<sup>4)</sup> Monatsberichte Heft 7, Jg. 1953, S. 204.

<sup>5)</sup> Trotz diesen Preiserhöhungen sind die österreichischen Preise für Kommerzwaren mit Ausnahme von Blechen noch immer niedriger als in den übrigen eisenproduzierenden Ländern.

stiegen. Erst in der letzten Augustwoche wurde Schweinefleisch wieder etwas billiger.

Die sprunghafte Verteuerung von Schweinefleisch in Wien wurde hauptsächlich durch eine saisonbedingte Abnahme der Anlieferungen ausgelöst, die heuer besonders stark war, da die günstige Fremdenverkehrssaison den Fleischbedarf in den westlichen Bundesländern steigerte. Außerdem haben behördliche Interventionskäufe das Angebot verknappt. Zeitweilig wurde sogar der amtliche Höchstpreis für Schweine (14'— S pro kg Lebendgewicht) überschritten, indem lebende Ware zum höheren Schlachtgewichtspreis verkauft wurde. Erst als in Kühllhäusern eingelagerte Schweinehälften zum Verkauf freigegeben wurden und überdies gegen Monatsende die Anlieferungen saisongemäß wieder zunahmen, hat sich die Marktlage wieder entspannt. Seit Ende August wird wieder vorwiegend zum Lebendgewichtspreis verkauft; außerdem zeigen die Preise für lebendes und für geschlachtetes Vieh eine sinkende Tendenz.

Anfang September wurden die Kinopreise um durchschnittlich 20% erhöht. Die Kinobesitzer begründen dies mit der Kursanpassung und der Forderung der deutschen Filmproduzenten nach höheren Einspielergebnissen aus Österreich. Diese Mehrkosten fänden in den bisherigen Kinopreisen keine Deckung, die meist viel niedriger seien als die Kinopreise des Auslandes.

Diesen Preiserhöhungen stehen nur wenige und meist saisonbedingte Preissenkungen (z. B. für Kartoffeln und Obst) gegenüber. Die Wiener Taxiunternehmer wollen ihre Fahrpreise senken: der Preis für den ersten km soll künftig von derzeit 7'80 S auf rund 6'— S und für jeden weiteren km von 3'60 S auf 3'30 S ermäßigt werden. Dafür soll im Nachttarif der km-Preis von 3'60 S auf 4'— S steigen. Weiters plant man, den Betrieb der Taxis durch Einbau von Zweitakt-Dieselmotoren zu verbilligen und dadurch eine Fahrpreissenkung um 25% zu ermöglichen. Verbilligungen werden weiters bei einigen Importwaren erwartet, die früher im Kopplungsverkehr eingeführt wurden und für die nunmehr ab 1. September Devisen zum offiziellen Kurs zugeteilt werden. Es handelt sich hauptsächlich um einige Haushaltsmaschinen, Schreibgeräte, Spielwaren und Genußmittel. Beachtenswert ist schließlich die Preissenkung der Jenbacher Werke für Dreschmaschinen von 6.500 auf 5.400 S; sie wurde durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen möglich.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte Juli bis Mitte August von 777 auf 791 (März 1938 = 100) gestiegen. Er hat da-

mit den bisher höchsten Stand im Jahre 1953 erreicht, war aber noch um 3,2% niedriger als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel hat sich um 2,4%, der für Industriestoffe um 0,9% erhöht. Bei den Nahrungsmitteln fiel die Erhöhung des Schweinefleischpreises um 23,3% stark ins Gewicht. Sie konnte durch den saisonbedingten Rückgang der Kartoffelpreise (– 30%) nur teilweise kompensiert werden. Von den Industriestoffen wurden Stabeisen und Grobbleche um 23,3% und 18,8% teurer. Außerdem haben die Preise für Jute, Blei, Baumwolle und Holz etwas angezogen, Kautschuk, Wolle und Flachs wurden dagegen billiger.

Auch der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist um 0,5% gestiegen.

Die leichte Erhöhung des vom Institut errechneten *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) um 1,8% auf 651,4 (März 1938 = 100) geht auf eine Zunahme des Nahrungsmittelaufwandes um 3,7% zurück. Alle übrigen Aufwandsgruppen sind seit 2 Monaten unverändert. Von den Nahrungsmitteln wurde Schweinefleisch um 15,2% und Speckfilz um 25% teurer. Auch die Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch, Extrawurst, Schmalz, Eier und Hülsenfrüchte haben leicht angezogen. Nur Kartoffeln und Obst wurden saisongemäß billiger. Insgesamt war der Index um 5,3% niedriger als ein Jahr vorher.

Die *reagiblen Preise* blieben im August unverändert.

Der vom Institut errechnete *Tariflohnindex* für Wien ist seit nunmehr 20 Monaten stabil. Die Aktivität auf dem Lohnsektor beschränkte sich größtenteils auf Aktionen einzelner Gruppen in den Bundesländern. Die Löhne der Dachdecker wurden in Oberösterreich um 4 bis 8%, der Tiroler Dachdecker und Pflasterer um 7% und der Tiroler Steinmetzmeister um 7 bis 8% erhöht. Weiters erhielten die ständigen Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Gutsbetriebe in Niederösterreich und Burgenland ab 1. Juli Lohn erhöhungen. Die Arbeitnehmer der landwirtschaftlichen Gutsbetriebe in Oberösterreich konnten sich für das Jahr 1953 eine einmalige Ernteprämie von 400 S sichern.

Die Entnivellierung der Bezüge der Angestellten in der Privatwirtschaft wurde fortgesetzt. Die Gehälter der Sparkassenangestellten Österreichs wurden ab 1. Juli um 7 bis 15%, die Gehälter der Angestellten der sowjetischen Mineralölverwaltung in Österreich rückwirkend ab 1. Mai um 2 bis 20% erhöht.

## Ernährung

Dazu *Statistische Übersichten 3.1 bis 3.3*

Da die Preise für Speck und Filz infolge des großen Schweineangebotes im Frühjahr und Frühsommer stark sanken (von Jänner bis Juni um 6 bis 8 S je kg oder 25 bis 40%) und im Haushalt erzeugtes Schmalz – wenn man auch die Grammeln bewertet – zeitweise schon billiger war als importierte Ware<sup>1)</sup>, ging die Nachfrage nach *Importschmalz* stark zurück. Von April bis Juli wurden nur durchschnittlich 967 t Importschmalz im Monat abgesetzt gegen 1.721 t monatlich in der gleichen Zeit des Vorjahres. Obwohl seit Jänner keine Importe mehr abgeschlossen wurden, lagerten Ende Juli noch immer fast 8.000 t. Da jedoch die Preise für Speck und Filz mit dem Rückgang des Schweineangebotes stärker anzogen (von Mitte Juli bis Ende August um 6 bis 7 S je kg), ist der Absatz von Importschmalz (nach vorläufigen Meldungen) sprunghaft auf rund 1.400 t im August gestiegen. Die lebhaftere Nachfrage dürfte aber auch darauf zurückzuführen sein, daß die Qualität des amerikanischen Schmalzes durch Beimischung von frischem Speck und hochwertigem ungarischen Schmalz verbessert wird<sup>2)</sup>. Die Kosten dieser Verbesserung werden aus der Differenz zwischen dem tatsächlichen Importpreis und den festgesetzten Abgabepreisen gedeckt<sup>3)</sup>.

Die Nachfrage nach Importschmalz dürfte auch weiterhin ziemlich lebhaft bleiben, da die Speckpreise in nächster Zeit kaum wieder auf das Niveau der Monate April bis Juni sinken werden. Aber auch bei gleich hohem Verbrauch wie im August würden die Vorräte noch bis Anfang des nächsten Jahres reichen. Da außerdem die amerikanischen Schmalzpreise derzeit etwa doppelt so hoch sind wie bei den letzten Abschlüssen im Jänner, werden zunächst keine Importbewilligungen erteilt.

Der Bedarf an *Fettrohstoffen* wird auch im heurigen Wirtschaftsjahr zum Teil aus dem Inland gedeckt werden. Die Fettindustrie hat aus der heurigen Ernte 6.500 t Raps zum Preis von 4,30 S je kg (davon 60 g Subvention des Landwirtschaftsministeriums)

<sup>1)</sup> Ende Juni kostete Filz durchschnittlich 12 S je kg. Unter der Annahme einer Ausbeute von 80% Schmalz und etwa 10% Grammeln betrug der Preis für 1 kg hausgemachtes Schmalz, wenn man die Grammeln mit 1,60 S bewertet, 13– S. Demgegenüber kostet Importschmalz 14,40 S je kg.

<sup>2)</sup> Diese verbesserte Ware wird in Wien ab Juli, in den Bundesländern erst ab September verkauft.

<sup>3)</sup> Bei den letzten, im Jänner abgeschlossenen Schmalzimporten aus den USA lag der kalkulierte Importabgabepreis um durchschnittlich 5,11 S je kg unter dem festgesetzten Großhandelseinstandspreis von 11,32 S je kg.

übernommen<sup>1</sup>). Daraus können etwa 2.600 t Reinfett erzeugt werden oder etwas mehr als der derzeitige Monatsverbrauch an pflanzlichen Fetten (im 1. Halbjahr 1953 wurden an Konsumenten und verarbeitende Betriebe im Durchschnitt 2.440 t Pflanzenfette monatlich abgesetzt).

Die Einfuhr von Fettrohstoffen, die wegen der großen Vorräte und der bevorstehenden Aufhebung der Preisstützung im 1. Halbjahr stark eingeschränkt wurde, wird in nächster Zeit wieder stärker zunehmen. Da die Einfuhr von Kopra ab 1. Juli liberalisiert wurde und für Erdnüsse ab 1. September wieder Devisen zugeteilt werden (bisher nur Kopplungsgeschäfte), dürften sich die Importe stärker von Rohölen zu Ölfrüchten verschieben, zumal da auch die Landwirtschaft neuerdings bereit ist, inländischen Ölkuchen zu den Weltmarktpreisen zu übernehmen. Diese Verschiebung der Einfuhrstruktur wäre produktions- und beschäftigungspolitisch sehr wünschenswert.

Im 1. Halbjahr 1953 wurden nur 8.063 q Eier eingeführt gegen 30.537 q in der gleichen Zeit des Vorjahres (–74%), da heuer nur Einfuhren für Kühlzwecke lohnend waren. Infolge des höheren Angebotes waren nämlich die Preise für inländische Eier schon ab Februar ständig um 10 bis 20 Groschen je Stück (durchschnittlich 10%) niedriger als vor einem Jahr, während die Einfuhrpreise um 10 bis 15% gestiegen sind. Da außerdem ab 1. Jänner für Eier ein Zoll von 210 S je 100 kg (etwa 12 Groschen je Stück) eingeführt wurde und auch die ausländischen Frachtkosten gestiegen sind, wären ausländische Eier viel teurer gewesen als inländische. Für Kühlhauseier hat jedoch das Finanzministerium den Zoll nachgelassen.

Insgesamt wurde bis Ende August die Einfuhr von 20,1 Mill. Stück Eier für Kühlzwecke (aus Polen, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien) bewilligt. Von den 18,3 Mill. Stück, die bisher einlangten, wurden nur 12,2 Mill. Stück eingelagert, da der Rest sich dafür nicht eignete und frisch abgesetzt werden mußte. Diese Importeier waren seit April stets etwas teurer als inländische.

Das Angebot von *Fleisch* in Wien nahm im August abermals um 9% ab und war nur noch um 14% höher als im Vorjahr (von Mai bis Juli um durchschnittlich 24%). Wegen des erhöhten Bedarfs in den Fremdenverkehrsgebieten und der saisonbedingt geringeren Marktproduktion sanken die Schweineanlieferungen nach Wien von durchschnittlich 12.032 Stück je Woche im Juli auf 10.217 Stück

im August (–15%), waren jedoch noch immer um 1.688 Stück (20%) höher als im August 1952. Die Zufuhren von Kälbern sanken ebenfalls um 10% (von 3.684 auf 3.300 Stück je Woche), während der Auftrieb von Rindern um 3% stieg (von 1.549 auf 1.602 Stück je Woche). Da in der 2. Augushälfte eingelagertes Schweinefleisch (aus Interventionskäufen) auf den Markt gebracht wurde, nahmen die Fleischanlieferungen in die Großmarkthalle um 14% zu (von 113 t auf 129 t je Woche).

Obwohl auch die Nachfrage wegen der Urlaube gesunken war, zogen die Verbraucherpreise für Schweinefleisch von Mitte Juli bis Mitte August um 3 bis 4 S je kg an und haben damit die Verteuerung im Großhandel aufgeholt. Die amtlichen Höchstpreise, die schon bis um 8 S je kg unterschritten worden waren, wurden teilweise bereits wieder erreicht. Im Durchschnitt lagen jedoch die Verbraucherpreise noch immer um etwa 2 S je kg (6 bis 8%) unter den Höchstpreisen. Auch die Detailpreise für Kalbfleisch zogen je nach Sorte um 50 g bis 3 S je kg an, waren allerdings noch immer um 3 bis 5 S je kg (12 bis 15%) niedriger als die Höchstpreise. Da sich wegen der Verteuerung von Schweine- und Kalbfleisch die Nachfrage stärker auf Rindfleisch verlagerte, stiegen auch die Rindfleischpreise vielfach um 50 g bis 1 S je kg, obwohl das Angebot zugenommen hatte. Ende August gaben jedoch die Fleischpreise meist wieder nach.

## Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Dank günstiger Witterung wurde das Getreide im August noch gut eingebracht. Außer Getreide gaben heuer auch frühe und mittelfrühe Kartoffelsorten überdurchschnittliche Erträge. Während die ersten Klee- und Grasschnitte oft verregnet wurden und geringe Güte aufwiesen, konnten der ausgiebige zweite Rotkleechnitt und der Grummetschnitt in vorzüglicher Qualität gewonnen werden. Überaus groß war auch die Zwetschken- und Pflaumenernte; den Ausfall bei anderem Obst konnte sie allerdings nicht wettmachen.

Für den *Anbau des Wintergetreides* stehen hochwertiges Saatgut und Kunstdünger<sup>2</sup>) in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Original-Saatgut wird wiederum mit 50 S und I. Nachbau mit 25 S je 100 kg subventioniert, um einen Saatgutwechsel anzuregen. Leider erkennen erst wenige Landwirte den Vorteil eines regelmäßigen Saatgutwechsels; würde er all-

<sup>1</sup>) Im Vorjahr betrug der Übernahmepreis für Raps 4'84 S je kg. Er mußte für die Erzeugung von rationierten und verbilligten Fetten mit 3'15 S subventioniert werden.

<sup>2</sup>) Da der Hauptanbau im Frühjahr erfolgt, dürften sich die Handelsdünger vorläufig nicht verknapfen. Siehe auch den Aufsatz „Der Mineraldüngerverbrauch im Jahre 1952/53“ in diesem Heft.

gemein vorgenommen, könnten die durchschnittlichen Hektarerträge um mindestens 10% gesteigert werden. Der Roggenanbau, der im letzten Jahr zugenommen hatte, dürfte wieder etwas zurückgehen, da man die Preise für Brotgetreide aus der Ernte 1954 differenzieren wird, um eine Überproduktion von Roggen zu vermeiden. Um die Saatfelder für den Herbstanbau gut vorzubereiten, wären ausreichende Niederschläge im September vonnöten, um so mehr, als die Bodenstruktur durch starke Regenfälle und intensiven Maschineneinsatz während der Getreidernte sehr ungünstig beeinflusst wurde.

Im Juli brachte die Landwirtschaft 44.743 t inländisches Brotgetreide auf den Markt, 6.848 t oder 18% mehr als im Juli 1952. Die Umsätze an Roggen waren heuer um 22%, an Weizen um 15% höher. Überdies mußten größere Getreidemengen in den landwirtschaftlichen Betrieben gelagert werden, da der Handel mit dem Ankauf zurückhielt, teils weil das Getreide wegen der langen Regenzeit feucht war oder ein niedriges Hektolitergewicht aufwies und teils, weil noch erhebliche Mengen qualitativ einwandfreier Ware aus alter Ernte und Importen zur Verfügung standen. Auch im Monat August konnte das Angebot aus Mangel an Lagerraum nur teilweise aufgenommen werden, doch leisteten Handel und Genossenschaften vielfach Vorauszahlungen für spätere Lieferung.

Nach den amtlichen Angaben über *Milchproduktion und Milchleistungsprüfung* stieg im Jahre 1952 die Erzeugung trotz Maul- und Klauenseuche geringfügig. Die Produktion erreichte 2'31 Mill. t Milch gegen 2'30 Mill. t und 2'08 Mill. t in den Jahren 1951 und 1950, die statistisch erfaßte Marktleistung 910.051 t gegen 846.684 t und 885.753 t. Die Milchleistungsprüfung in der Steiermark ergab eine durchschnittliche Produktion von 2.949 kg Milch je Kontrollkuh mit 117 kg Fett bei 3'97% Fettgehalt gegen 2.938 kg, 114 kg und 3'89% im Jahre 1951. Auch in Niederösterreich und in den anderen Bundesländern konnte die Milchleistung bei den geprüften Tieren gesteigert werden. Nur in Oberösterreich ging die Jahresproduktion je Kontrollkuh wegen Seuchenschäden von 3.119 kg auf 3.064 kg Milch zurück, doch stieg der Fettgehalt der Milch von 3'95% auf 4%, so daß die Fettproduktion (123 kg) unverändert blieb. Die Produktionsreserven in Österreich sind jedenfalls noch groß, da die durchschnittliche Milchleistung des gesamten Kuhbestandes im Jahre 1952 erst 2.034 kg betrug.

Da die Maul- und Klauenseuche im Frühjahr 1953 getilgt werden konnte und genügend Futtermittel zur Verfügung stehen, wird die Milchproduk-

### Milchleistungsprüfung in Niederösterreich<sup>1)</sup>

Jahr	Herdbuchkühe			Nichtherdbuchkühe		
	Milch kg pro Jahr	Fett %	Fett %	Milch kg pro Jahr	Fett %	Fett %
1946	2.323	.	.	1.955	.	.
1947	2.112	84	3'98	2.006	78	3'91
1948	2.315	93	4'00	2.178	85	3'92
1949	2.745	110	4'00	2.543	100	3'93
1950	2.990	120	4'01	2.695	106	3'93
1951	2.972	120	4'04	2.640	104	3'94
1952	3.087	125	4'05	2.731	109	3'99

<sup>1)</sup> Angaben der Arbeitsgemeinschaft niederösterreichischer Tierzuchtverbände.

tion voraussichtlich schon heuer die Vorkriegshöhe (2'37 Mill. t) wieder erreichen. Damit gewinnen die Fragen der Senkung der Produktionskosten und der Qualitätsverbesserung Vorrang, da etwaige Überschüsse auf dem Weltmarkt nur zu niedrigeren Preisen als im Inland absetzbar sein werden. Diese Ziele können nur durch intensivere *Leistungskontrolle* und bessere Fütterungstechnik erreicht werden. Wieviel die österreichische Landwirtschaft auf diesem Gebiet noch aufzuholen hat, ergibt sich daraus, daß beispielsweise in den nordeuropäischen Staaten mehr als 50% der Kühe unter Leistungskontrolle stehen gegen nur 15% in der Steiermark, 14% in Oberösterreich und 6% in Niederösterreich.

Der *Holzeinschlag* im 1. Halbjahr 1953 war nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit 3'65 Mill. fm gleich hoch wie im 1. Halbjahr 1952 (3'62 Mill. fm). Auch der Anfall von Nutzholz (2'45 gegen 2'39 Mill. fm) und Brennholz (1'20 gegen 1'24 Mill. fm) veränderte sich nur geringfügig. Für den Verkauf wurden 2'62 Mill. fm (2'53 Mill. fm), für den Eigenbedarf der Waldbesitzer und an Servitutsholz 1'02 Mill. fm (1'10 Mill. fm) geschlägert. In Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Tirol fällt man um 4%, 7%, 16% und 25% mehr, in Kärnten, Wien und im Burgenland um 6%, 13% und 24% weniger Holz als im Vorjahr<sup>1)</sup>.

### Holzeinschlag im 1. Halbjahr<sup>1)</sup>

Art	1950	1951	1952	1953
		1.000 fm ohne Rinde		
<i>Einschlag für den Verkauf</i>				
Nutzholz	2.417'7	2.423'9	2.073'4	2.157'2
Brennholz	474'9	512'1	455'0	467'1
Insgesamt	2.892'6	2.936'0	2.528'4	2.624'3
<i>Einschlag für den Eigenbedarf</i>				
Nutzholz	345'2	363'8	312'1	294'2
Brennholz	816'0	848'1	784'1	729'7
Insgesamt	1.161'2	1.211'9	1.096'2	1.023'9

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Der *Verschnitt von Sägerundholz* (Handels- und Lohnschnitt) betrug im 1. Halbjahr laut Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates 2'99 Mill. fm gegen 3'19

<sup>1)</sup> Die Tabelle 3.10 (Gesamter Holzeinschlag nach Bundesländern) erscheint aus technischen Gründen in den Statistischen Übersichten zum Monatsbericht Nr. 9, Jg. 1953.

Mill. *fm* im 1. Halbjahr 1952, der Anfall von Schnittholz 1'95 Mill. *m*<sup>3</sup> gegen 2'09 Mill. *m*<sup>3</sup>; 1'60 Mill. *m*<sup>3</sup> Schnittholz entfielen auf Handelsschnitt, 0'35 Mill. *m*<sup>3</sup> auf Lohnschnitt. Die hohen Rundholz- und Schnittholzlager bei Sägen und Holzhandel gingen infolge intensiver Holzexporte<sup>1)</sup> bis Ende Juni weiter zurück, und zwar von 1'35 Mill. *fm* (Ende März) auf 1'12 Mill. *fm* (Sägerundholz) bzw. von 0'85 Mill. *m*<sup>3</sup> auf 0'73 Mill. *m*<sup>3</sup> (Schnittholz). Gegenüber Ende Juni 1952 waren die Rundholz- und Schnittholzvorräte um 20% und 27% niedriger.

*Rundholzverschnitt, Lager an Rundholz und Schnittholz<sup>1)</sup>*

Jahr, Quartal	Rundholzverschnitt <sup>2)</sup>		Rundholzlager <sup>3)</sup>		Schnittholzlager <sup>4)</sup>	
	Nadelholz	Laubholz	Nadelholz	Laubholz	Nadelholz	Laubholz
			1.000 <i>fm</i>		1.000 <i>m</i> <sup>3</sup>	
1951 I. Quartal...	1.594'8	42'8	1.534'0	32'6	490'1	31'3
II. „ ...	1.669'9	67'9	1.213'1	27'8	516'0	36'3
1952 I. Quartal...	1.406'9	43'4	1.531'7	31'3	815'3	37'1
II. „ ...	1.668'4	68'9	1.375'9	25'8	953'6	50'8
1953 I. Quartal...	1.380'2	46'9	1.319'7	33'7	812'9	37'8
II. „ ...	1.501'3	59'8	1.093'3	23'4	698'8	35'2

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — <sup>2)</sup> Handels- und Lohnschnitt einschließlich Schwellen. — <sup>3)</sup> Werkslager und Außenlager (Waldlager) der Sägewerke am Quartalsende. — <sup>4)</sup> Vorräte bei Sägen und Holzhandel am Quartalsende.

Der Abbau der Holzlager sowie die anhaltend hohen Schnittholzexporte ließen die Preise für Sägerundholz steigen, und zwar in der Steiermark von durchschnittlich 297 S je *fm* im März (media 3 a) auf 334 S im Juli. Da die Preise für Schnittholz annähernd stabil blieben, hat sich die Preisspanne zwischen Rundholz und Schnittholz verengt.

**Energiewirtschaft**

*Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5*

Die saisonbedingt niedrige Nachfrage nach Brennstoffen und elektrischer Energie konnte auch im Juli klaglos gedeckt werden. Der Stromverbrauch ist etwas höher als im Vorjahre; da die Elektrifizierung der heimischen Wirtschaft fortschreitet. Dagegen ist die Nachfrage nach flüssigen und festen Brennstoffen niedriger als im Jahre 1952. Die knappe Kalkulation zwingt zu einer zunehmenden Rationalisierung des Verbrauches.

Der relative Kohlenverbrauch der österreichischen Industrie ist gegenwärtig, obwohl sich die Produktion in den energieintensivsten Zweigen stark ausgedehnt hat, fast gleich hoch wie vor dem Kriege.

<sup>1)</sup> Im 1. Halbjahr 1953 wurden 1'32 Mill. *m*<sup>3</sup> Nadel-schnittholz (mit behauenenem Bauholz, Kisten und Steigen) exportiert gegen 1'10 Mill. *m*<sup>3</sup> im gleichen Zeitraum 1952. Im Juli erreichte die Schnittholzausfuhr mit 289.210 *m*<sup>3</sup> fast wieder die Rekordhöhe vom Juni (289.724 *m*<sup>3</sup>).

In den Jahren 1948 bis 1951 war er noch um 43%, 30%, 12% und 15% höher gewesen. Berücksichtigt man die Verschiebungen in der Produktionsstruktur der Industrie, so benötigt die Industrie gegenwärtig je Produktionseinheit bereits weniger Kohle als im Jahre 1937.

Dank reichlichen Niederschlägen im Juli erreichte die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke einen neuen Höhepunkt. Die Lauf- und Speicherkraftwerke lieferten in das öffentliche Versorgungsnetz 653 Mill. *kWh* Strom, um 21% mehr als im Juli 1952. Die Dampfkraftwerke in den Bundesländern konnten daher größtenteils stillgelegt werden. Von den insgesamt erzeugten 24 Mill. *kWh* Dampfstrom entfielen 23 Mill. *kWh* auf die Wiener Kraftwerke. Davon wurden 19 Mill. *kWh* aus Erdgas erzeugt. Da die Energiewirtschaft nur wenig Kohle verbrauchte, konnte sie fast ein Drittel der Kohlenbezüge von 36.138 *t* auf Lager legen. Die Kraftwerke halten vorerst noch mit größeren Bestellungen zurück. Ihre Kohlenvorräte betragen gegenwärtig nur 200.719 *t* gegen 308.862 *t* Ende Juli 1952. Der Feinkohlenabsatz des inländischen Bergbaues ist deshalb noch immer unbefriedigend.

Der Stromimport beschränkte sich so wie in den Vormonaten auf 6 Mill. *kWh*, während der Stromexport mit 219 Mill. *kWh*, das sind um 46% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, einen neuen Rekord erreichte. Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz stieg gegenüber dem Vorjahre um 23 Mill. *kWh* (5'3%) auf 456 Mill. *kWh*. Gegenüber Juni 1953 beträgt die Verbrauchssteigerung 4%. Da der Juli um zwei Arbeitstage mehr hatte als der Juni, ist der Stromverbrauch pro Arbeitstag saisongemäß etwas zurückgegangen.

Der inländische Kohlenbergbau förderte im Juli, wegen der höheren Zahl von Arbeitstagen, etwas mehr Kohle als im Juni. Weil die Urlaubssaison einsetzte, ging die arbeitstägige Förderung von 17.373 *t* im Juni auf 16.620 *t* zurück, war aber noch immer um 6% höher als im Juli 1952. Die Absatzflaute trifft hauptsächlich die kleineren niederösterreichischen und burgenländischen Gruben; sie mußten ihre Förderung gegenüber dem Vorjahr stärker einschränken. Die großen Betriebe dagegen, vor allem in der Steiermark, in Oberösterreich und Kärnten, konnten bisher ihre Produktion noch steigern. Die Verteuerung der Auslandskohle, die durch die Vereinheitlichung der Wechselkurse ausgelöst wurde, gibt dem heimischen Kohlenbergbau neue Chancen. Gegenwärtig sind selbst in den frachtlich für die Inlandskohle ungünstig gelegenen Gebieten, wie z. B. in Wien, die Kalorienpreise inländischer Glanz- oder Braunkohlen

(Großhandelspreise) bis zu 50% niedriger als die ausländischer Kohlensorten.

Diese großen Preisdifferenzen bieten für die Industrie einen starken Anreiz, sich auf heimische Brennstoffe umzustellen, sofern dies nicht technische Gründe ausschließen oder die Umstellung der Feuerungsanlagen zu kostspielig ist. Vor größeren Investitionen scheut die Industrie zurück, selbst wenn sie sich auf längere Sicht rentieren würden. Manche Betriebe fürchten, daß die Preise für Inlandskohle steigen werden, wenn sich der Absatz bessert. Andere rechnen mit einem Rückgang der Weltmarktpreise für Kohle. Schließlich hemmen der Mangel an langfristigen Kapital sowie Absatzschwierigkeiten die Investitionstätigkeit. Aber im ganzen dürfte doch der Industrieabsatz heimischer Braunkohle steigen.

#### Kalorienpreise aus- und inländischer Kohlensorten<sup>1)2)</sup>

Art	Heizwert Kalorien	Preis ab Grube / Grenze S/t	Fracht	Preis je <sup>2)</sup> 1 Mill. Kal. S/t
<b>Ausland</b>				
Steinkohle-Polen .....	6.900	524'—	75'—	86'82
Ruhr .....	7.100	565'—	167'—	103'10
Braunkohle-CSR, Klasse I .....	5.000	499'—	125'—	124'84
CSR, Klasse II .....	3.900	436'—	122'—	143'09
Braunkohlenbriketts Westdeutshl. 4.800	4.800	348'—	184'—	110'83
Ostdeutshl. 4.700	4.700	382'—	88'—	100'—
<b>Inland</b>				
Braunkohle-Seegraben .....	5.600	290'—	53'—	61'25
Piberstein .....	4.000	200'—	83'—	70'75
Kathrein .....	3.000	142'—	47'—	65'—
Zangtal .....	3.300	142'—	80'—	67'30
Tauchen .....	3.500	192'—	41'—	66'50

<sup>1)</sup> Angaben der Kohlenholding G. m. b. H. — <sup>2)</sup> Grobkohle, Waggonhandelspreise.  
— <sup>3)</sup> Frei Wien-Nordbahnhof.

Anders auf dem Hausbrandsektor. Hier gleichen nicht nur die Handelsspannen die Preisdifferenzen stärker aus. Auch die Nachteile der meisten Inlandsorten — geringer Heizwert, höherer Aschengehalt und stärkere Verstaubung — fallen stärker ins Gewicht. Wegen des geringen Heizwertes muß mehr Kohle gelagert werden, wofür häufig der Platz fehlt; es muß mehr Kohle zum und mehr Asche vom Ofen wegtransportiert werden u. a. m. Diese Nachteile kompensieren zumeist den Preisvorteil der inländischen Kohle. In den grubennäher gelegenen Gebieten der Bundesländer wird sie ihre schon bisher starke Stellung im Hausbrandsektor halten und vielleicht noch ausbauen können; in Wien aber dürfte weiter ausländisches Brennmaterial bevorzugt werden.

Die *Kohleneinfuhr* blieb auch im Juli auf dem niedrigen Niveau, das sie nach Eintritt der Konjunkturschwäche im Vorjahr erreicht hatte. Die Liberalisierung der Kohleneinfuhr wird die Importe kaum steigern. Insgesamt wurden im Juli 323.824 t Kohle (SKB) importiert, gegen 317.655 t im Durchschnitt

#### Kleinhandelspreise in- und ausländischer Kohlensorten<sup>1)2)</sup>

Art	Heizwert Kalorien	Preis	
		je 100 kg in Schilling	je 1 Mill. Kal.
<b>Ausland</b>			
Steinkohle-Polen .....	6.900	86'—	124'64
Braunkohlenbriketts Westdeutshland .....	4.800	78'80	164'16
Ostdeutshland .....	4.700	71'80	152'76
Wiener Gaskoks .....	6.600	117'—	177'27
<b>Inland</b>			
Braunkohle <sup>3)</sup> , Fohnsdorf .....	5.200	59'10	113'65
Karlschacht, trocken .....	4.700	57'70	122'77
Tauchen .....	3.500	46'70	133'43
Zangtal .....	3.300	45'60	138'—
St. Stefan .....	3.900	50'80	130'25

<sup>1)</sup> Angaben der Kohlenholding G. m. b. H. — <sup>2)</sup> In Wien. — <sup>3)</sup> Grobkohle.

des 1. Halbjahres. Aus den Lieferungen des Inlandsbergbaues sowie aus Importen standen der österreichischen Wirtschaft 534.504 t Kohle (SKB) zur Verfügung. Der Anteil der inländischen Kohle an der Gesamtversorgung betrug 39%.

#### Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Industrieproduktion hat in den letzten Monaten schwach zugenommen. Der saisonbereinigte Produktionsindex war im II. Quartal 1953 um 1,9% höher als im I. Quartal und erreichte im Mai und Juni erstmals wieder den Vorjahresstand. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres war die Industrieproduktion allerdings noch um 4% niedriger als im gleichen Zeitraum 1952, aber praktisch gleich hoch wie im 1. Halbjahr 1951.

Die leichte Belegung der Gesamtproduktion ist hauptsächlich den Konsumgüterindustrien zu danken, die den Rückschlag vom Jahre 1952 grobteils überwunden haben, allerdings nur vereinzelt das hohe Produktionsniveau vom Jahre 1951 wieder erreichten. Im 1. Halbjahr 1953 wurden annähernd soviele Konsumgüter erzeugt wie im 1. Halbjahr 1952, aber um 4,8% weniger als im 1. Halbjahr 1951.

Dagegen leiden die meisten Investitionsgüterindustrien, die sich bis Herbst 1952 einer guten Konjunktur erfreuten, weiterhin unter Absatzschwierigkeiten. Besonders die Gießereien, die Fahrzeug-, Maschinen- und Elektroindustrien stagnieren. Im 1. Halbjahr 1953 war die Investitionsgütererzeugung um 7,3% niedriger als im 1. Halbjahr 1951.

Die Schwäche der Investitionsgüterindustrien geht teilweise darauf zurück, daß der Export immer schwieriger wird. Im 1. Halbjahr 1953 wurden um 1,2% weniger Investitionsgüter exportiert als im 1. Halbjahr 1952, obwohl das gesamte Exportvolumen im gleichen Zeitraum um 31% gestiegen ist. Außerdem erlahmt die heimische Investitionstätigkeit.

Nachdem die noch vor der Stabilisierung begonnenen Investitionen größtenteils abgeschlossen sind, zögert die Wirtschaft, neue Investitionen zu beginnen, deren Rentabilität angesichts der unsicheren Absatzlage nicht gesichert erscheint. Selbst wenn sich die Konjunktur von der Konsumseite her belebt, wird es einige Zeit dauern, bis die Wirtschaft wieder bereit ist, mehr zu investieren und langfristige risikoreiche Projekte zu beginnen.

Vielfach besteht zwar noch Bereitschaft zu investieren, aber es fehlt an langfristigem Kapital. Für Industrieinvestitionen standen im 1. Halbjahr 1953 nur 264,5 Mill. S Counterpartmittel zur Verfügung gegen 840,2 Mill. S im 2. Halbjahr 1952. Dieser Ausfall von Counterpartmitteln wurde nur teilweise durch eine raschere Ausgabe der im Budget vorgesehenen Investitionskredite, die vorwiegend für bauliche Investitionen verwendet werden, sowie durch Vorfinanzierung der Energieanleihe und den Schweizer Postkredit kompensiert<sup>1)</sup>.

Freigaben aus dem ERP-Counterpartkonto für Industrieinvestitionen<sup>1)</sup>

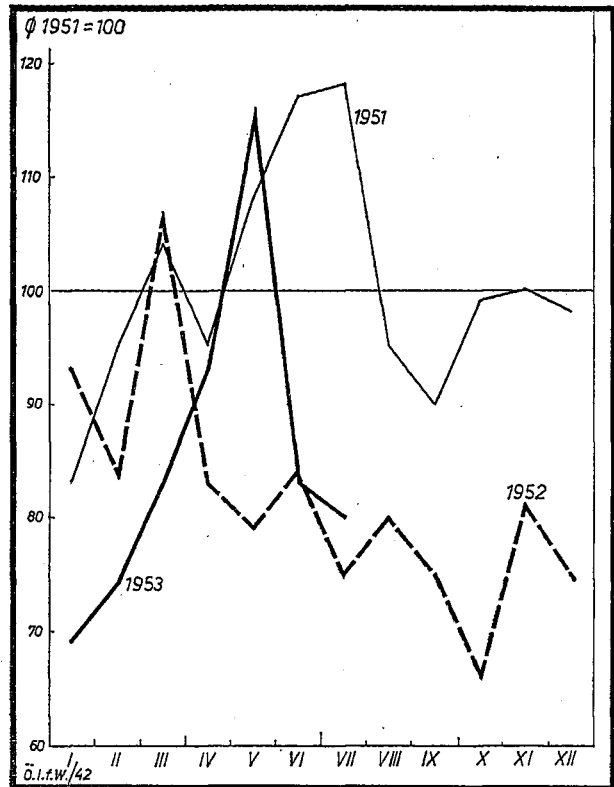
Zweig	1952	1953		Insgesamt <sup>2)</sup>
		I. Quartal	II. Quartal	
		Mill. S		
Elektroenergie .....	495,8	96,7	5,0	1.967,1
Kohlenbergbau .....	53,9	12,5	3,0	279,0
Andere Bergbau .....	4,0	—	—	26,3
Eisen- und Stahlerzeugung .....	100,0	14,4	7,3	922,4
Nichteisenmetallsektor .....	34,9	5,0	3,5	165,6
Elektroindustrie .....	25,4	5,3	4,2	106,2
Chemische Industrie .....	21,9	4,5	3,6	200,8
Eisen- und metallverarbeitende				
Industrie .....	83,0	13,8	5,7	267,5
Glasindustrie .....	6,5	0,3	0,4	46,2
Textilindustrie .....	50,9	9,0	4,0	248,4
Holzindustrie .....	28,8	4,5	2,1	146,8
Papierindustrie .....	169,2	50,7	7,7	741,8
Nahrungsmittelindustrie .....	—	—	—	7,4
Bauindustrie .....	—	—	—	9,6
Baustoffindustrie .....	4,0	—	—	29,8
Leder- und Schuhindustrie .....	0,5	—	—	7,1
Sonstige Industrie .....	4,3	0,9	0,3	25,6
Gewerbe .....	1,7	—	—	20,5
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>1.084,7</b>	<b>217,7</b>	<b>46,8</b>	<b>5.217,8</b>

<sup>1)</sup> Vom Konto abgezogene Beträge. — <sup>2)</sup> Gesamte ERP-Freigaben für Industrieinvestitionen.

Die Unternehmungen befolgen weiterhin eine sehr vorsichtige Vorratspolitik. Die im 2. Halbjahr 1952 stark gelichteten Lager werden nur im unbedingt notwendigen Ausmaß wieder aufgefüllt. Der vom Institut berechnete Einfuhrindex für Rohstoffe war zwar im 1. Halbjahr 1953 um 14,6% höher als im 2. Halbjahr 1952, lag aber noch um 2,3% unter dem Stand vom 1. Halbjahr 1952. Die Industrieproduk-

<sup>1)</sup> Wohl entfielen auch im Vorjahre nur 23% der Jahresfreigabe auf das 1. Halbjahr, doch konnte damals die Stockung der Freigaben noch leichter durch Vorfinanzierungen und Eigenmittel überbrückt werden.

Import von Industrierohstoffen (ohne Kohle)<sup>1)</sup>  
(Normaler Maßstab;  $\phi$  1951 = 100)



<sup>1)</sup> Index des Institutes. Mengenindex gewogen mit Preisen von 1951.

Nach den Vorratskäufen im Jahre 1951 sind die Rohstoffeinfuhren seit dem II. Quartal 1952 stark zurückgegangen. Die Industrie bezog weniger als sie laufend verbrauchte und baute ihre überhöhten Lagerbestände ab. Erst im Laufe des 1. Halbjahres 1953 nahmen die Importe wieder langsam zu und dürften nun annähernd dem laufenden Bedarf entsprechen. Die Einfuhrspitze im Monat Mai war überwiegend auf höhere Käufe im Zusammenhang mit der Wechselkursänderung zurückzuführen.

tion war dagegen um 4% niedriger. Berücksichtigt man, daß im 1. Halbjahr 1952 mehr Rohstoffe eingeführt als verbraucht wurden, sowie daß der Rohstoffbedarf durch Sparsamkeit im Verbrauch und eine gesteigerte heimische Produktion etwas gesenkt wurde, so dürften sich gegenwärtig Einfuhr und Verbrauch wohl die Waage halten. Die vielfach stark reduzierten Vorräte werden jedoch vorläufig nicht wieder aufgefüllt. Selbst die Wechselkursänderung hat die Rohstoffimporte nur wenig beeinflusst. Der Importindex für Rohstoffe stieg zwar im Mai sprunghaft auf 115% von 1951, ging aber in den beiden folgenden Monaten wieder auf 83% und 80% zurück.

Der auf einen Kalendermonat abgestellte Produktionsindex stieg im Juni wegen einer größeren Zahl von Arbeitstagen (25 gegen 23 im Mai) um 8,9%. Nur in einigen wenigen Zweigen, in denen

bereits die Urlaubssaison begann, ging die Produktion zurück.

Im *Bergbau* sank die arbeitstägige Förderung im Juni und Juli weniger stark als im Vorjahr. Sie war in beiden Monaten höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die wichtigsten Bergbaue (Kohle, Eisenerz, Blei- und Kupfererz) förderten durchwegs mehr als im Vorjahre. Nur die schon bisher unter Absatzschwierigkeiten leidenden Gruben des Graphit-, Bauxit- und Kaolinbergbaues, sowie einige andere kleinere Zweige konnten das Vorjahresniveau bei weitem nicht erreichen.

In der *eisenschaffenden* Industrie hielt die Konjunktur der Roheisen- und Rohstahlerzeugung noch an. In beiden Zweigen wurde heuer mehr erzeugt als in der gleichen Vorjahreszeit. Die beiden Blasstahlwerke in Linz und Donawitz haben die Rohstahlerzeugung bereits stark gesteigert. Die Anlage in Linz arbeitet mit voller Kapazität (zwei Konverter), während in Donawitz erst ein Konverter in Betrieb ist.

Die Walzwarenerzeugung hingegen war trotz neuen Kapazitäten bisher geringer als im Vorjahre. Die Inlandsnachfrage kann jetzt selbst bei den bisher noch knappen Sorten ausreichend befriedigt werden. Auf dem Edelfeststoffsektor zwang die anhaltend geringe Nachfrage zu Beschäftigungseinschränkungen.

Die großen Investitionen, die im großen und ganzen heuer noch zu Ende gehen, wurden im II. Quartal 1953 durch den Mangel an Counterpartmitteln beeinträchtigt und teilweise verzögert.

Bei der Alpine muß nur mehr die neue Profilstraße, für die bereits wichtige Teile von den amerikanischen Lieferfirmen eingetroffen sind, aufgestellt und das Blasstahlwerk vollendet werden. Auch die letzten für den Erzbergbau der Alpine vorgesehenen Maschinen und Anlagen sind nun aus den USA eingetroffen.

In Linz wird noch in diesem Herbst die letzte große Anlage der Blechproduktion, das Kaltwalzwerk, den Probetrieb aufnehmen können. Ansonst werden nur mehr Ergänzungen und Zusatzeinrichtungen notwendig sein.

Auch auf dem Edelfeststoffsektor nähern sich die großen Investitionen ihrem Abschluß. Das erste und zweite Grobgerüst ist bereits fertig und wird ausprobiert. Die restlichen Anlagen werden ebenfalls noch heuer fertig.

Es wird allerdings schwierig sein, die neuen Anlagen rationell auszunutzen; auch die Kapazität der neuen Breitbandstraße kann bisher nicht voll ausgeschöpft werden. Die Feinblechproduktion war im I. Halbjahr 1953 nur geringfügig größer als zur

gleichen Vorjahreszeit, obwohl damals die Breitbandstraße mit ihrer Jahreskapazität von über 300.000 t noch nicht in Betrieb war.

Der Index der *Metallhütten* ging im Juni um 5,6% zurück, vor allem weil die Bleierzeugung aus technischen Gründen vorübergehend stark eingeschränkt wurde. Die Kupfererzeugung blieb auch im Juni noch außergewöhnlich hoch, da vorübergehend auch die alte Anlage in Betrieb ist, obwohl die neue Elektrolyse schon zu arbeiten begonnen hat. Diese hat eine Jahreskapazität von 8.000 t und verarbeitet nicht nur die inländischen Kupferkonzentrate (die vorher in der Schwefelsäureanlage in Gailitz, Kärnten, abgeröstet werden), sondern auch in- und ausländisches Altmaterial für den Inlandsbedarf und Altmaterial in Lohnveredelung für das Ausland.

Auf dem Halbzeugsektor hat sich die Lage einigermaßen stabilisiert. Die Österreichische Metallwerke A. G. in Ranshofen konnte ihr Exportgeschäft festigen und liefert derzeit in fast alle Länder.

Die Stagnation der *Gießereiindustrie* hält unvermindert an. Die Produktion war im Durchschnitt des I. Halbjahres um 24,4% und 15% geringer als zur gleichen Zeit der beiden letzten Jahre. Da der wichtigste Abnehmer der Gießereiindustrie, die Maschinenindustrie, selbst über einen starken Rückgang der Aufträge klagt und die Erzeugung eingeschränkt, ist vorläufig mit keiner Belebung der Gießereiproduktion zu rechnen. Direkte Exporte spielten in diesem Zweige immer nur eine untergeordnete Rolle. Unter dem Druck der gegenwärtigen schlechten Absatzlage wurden von verschiedenen Firmen neue Anstrengungen auf dem Exportsektor unternommen, die aber trotz erheblichen Preisopfern nur schwache Ergebnisse lieferten.

Die *Maschinenindustrie* hatte im I. Halbjahr im allgemeinen einen schlechten Geschäftsgang. Während sich bei normaler Saison im Durchschnitt des I. Halbjahres die Produktion ausweitete, zeigte der Index heuer in der gleichen Zeit eine stark sinkende Tendenz. Er war um 16,5% niedriger als im Vorjahre und sogar um 4,4% niedriger als 1951. Nur einige Branchen hielten sich verhältnismäßig gut.

Die *Fahrzeugindustrie*, die sich bisher am günstigsten von allen Industriezweigen entwickelt hatte, konnte im I. Halbjahr 1953 die Vorjahresproduktion nur mehr knapp erreichen. Im Durchschnitt des II. Quartales war die Erzeugung sogar schon niedriger als im Vorjahre.

In der letzten Zeit konnte vor allem die Traktorenerzeugung den im I. Quartal erreichten Rekord-



stand nicht mehr halten und mußte stark eingeschränkt werden. Während im I. Quartal noch 3.135 Traktoren der verschiedenen Typen erzeugt wurden, waren es im II. Quartal nur mehr 2.469. Das Pkw-Assembling in Steyr ging im II. Quartal ebenfalls stark zurück. Teils ist die Nachfrage schwächer geworden und werden Importfahrzeuge reichlicher angeboten, teils warten die Käufer auf die in Kürze lieferbare neue Type des Steyr-Fiat. Die Motorraderzeugung hält dagegen noch immer auf dem fünfeinhalbfachen Niveau der Vorkriegszeit.

Dank dem beträchtlichen Zoll, der die Fahrzeugimporte belastet, entstand in der letzten Zeit eine Reihe kleinerer und kleinster Firmen, die zumeist kleine Personen- oder Lastfahrzeuge auf den Markt bringen. Trotz Einzelanfertigung oder kleinsten Serien und unrationellen Produktionsmethoden finden diese Fahrzeuge unter dem Schutz hoher Zölle inländische Kunden.

Die Erzeugung der *Baustoffindustrie* blieb im 1. Halbjahr gegenüber den beiden letzten Jahren zurück (um 11,5% und 15,5%). Während die Zementindustrie schon seit dem Frühjahr gut beschäftigt war, weil besonders der Tiefbau und der Kraftwerksbau forciert wurden, hatte die Ziegelindustrie in den ersten Sommermonaten einen bedeutend schwächeren Absatz als in den Vorjahren. Die Lagerbestände nahmen rapid zu und die Erzeugung wurde teilweise stark eingeschränkt. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß sich der Absatz im Frühherbst wieder beleben wird und die Lager abgebaut werden können. Mit einer stärkeren Produktionsbelegung ist aber wegen der bereits allmählich auslaufenden Produktionssaison (die meisten Betriebe haben keine künstlichen Trocknereien und müssen Ende September die Erzeugung von Rohlingen einstellen) nicht mehr zu rechnen.

Die *chemische Industrie* hat in den letzten Monaten den Konjunkturrückschlag, der hier schon im 2. Halbjahr 1951 eingesetzt hatte, allmählich überwunden und die Erzeugung auf einem allerdings etwas tieferen Niveau als damals stabilisiert. Am ungünstigsten ist die Lage in der Zündholzindustrie, die mangels Exportmöglichkeiten nur einen Bruchteil ihrer Kapazität ausnützen kann. Die Erzeugung beträgt noch immer kaum ein Drittel von der des Vorjahres und nur ein Siebentel der des Jahres 1951. Auch die Zellwolleindustrie nützt noch immer nur zwei Drittel ihrer Kapazität aus.

Andere Zweige sind dagegen verhältnismäßig gut beschäftigt und haben die hohe Produktion vor dem Konjunkturrückschlag annähernd erreicht und teil-

weise, vor allem wo die Erzeugungskapazität inzwischen ausgebaut wurde, sogar überschritten.

Im II. Quartal 1952 hat die *Papierindustrie* die Depression endgültig überwunden und einen neuen Produktionsrekord erreicht. Der hohe Stand der Produktion konnte auch im Juli aufrecht erhalten werden. Im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres war der Produktionsindex der Papierindustrie — obwohl zu Anfang des Jahres der Konjunkturrückschlag noch nicht überwunden war — um 3,8% und 2,5% höher als zur gleichen Zeit der beiden Vorjahre.

Die ersten Impulse erhielt die Papierindustrie schon im Frühjahr durch höhere Bestellungen der Inlandskunden, die ihre Lager vorher gelichtet hatten und nun zu größeren Nachbestellungen gezwungen waren. Erst verhältnismäßig spät, nach der Wechselkursänderung, besserte sich auch der Auslandsabsatz, obwohl die Industrie nur einen geringen Teil des durch die Wechselkursänderung erzielten Kursgewinnes ihren ausländischen Abnehmern in Form niedrigerer Preise überließ. Besonders der Zellulose-, Holzstoff- und Pappeexport entwickelte sich seither günstig. Mit Hilfe erheblicher Counterpartmittel (58,4 Mill. S im 1. Halbjahr) und günstiger eigener Finanzierungsmöglichkeiten konnte die Papierindustrie ihre Investitionen programmgemäß fortsetzen. Während des 1. Halbjahres wurden einige neue oder umgebaute Papiermaschinen in Betrieb genommen. Die Papiererzeugung ist allerdings bei weitem nicht in dem Ausmaße gestiegen, wie die Produktionskapazität durch die neuen Maschinen zugenommen hat.

Nach einer außerordentlich günstigen Frühjahrsaison, die die Produktion auf einen neuen Höchststand geführt hatte, setzte in der *Leder- und Schuhindustrie* der Sommerrückschlag früher als üblich ein. Trotzdem war die Erzeugung im Durchschnitt des 1. Halbjahres um 8,5% höher als zur gleichen Vorjahreszeit.

In der *Textilindustrie* hielt sich die Produktion im 1. Halbjahr 1953 annähernd stabil. Der Saisonaufschwung im Frühjahr war schwächer als üblich. Gegen Mitte des Jahres erholte sich aber die Produktion und war erstmals wieder größer als im Vorjahr. Damals hatte allerdings der Konjunkturrückschlag bereits voll eingesetzt und zu Produktionseinschränkungen, Entlassungen und Kurzarbeit geführt.

Im Durchschnitt des 1. Halbjahres blieb die Erzeugung noch um 5,2% hinter der des Vorjahres und um 9,6% hinter der von 1951 zurück.

## Umsätze

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Die Umsätze im Einzelhandel gehen im Juli gewöhnlich stärker zurück. Heuer dagegen stiegen sie um 6% und waren selbst je Verkaufstag nur um 2% niedriger als im Juni. Die Umsätze von Juli 1952 wurden wertmäßig um 7% und mengenmäßig um mindestens 10% übertroffen. (Im 1. Halbjahr waren die Mengenumsätze nur um 5% höher als vor einem Jahr.) Auch das Umsatzvolumen von Juli 1951, das infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens relativ hoch war, wurde um etwa 10% überschritten.

Die Belegung der Umsätze kann teilweise auf Saisonverschiebungen zurückgehen. Außerdem dürften die Entnivellierung der Gehälter im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup> und in verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen sowie vereinzelte Lohnsteigerungen die Nachfrage belebt haben. Auch die Konsumneigung der Bevölkerung scheint wieder zuzunehmen. Da die sinkende Preistendenz — einzelne Nahrungsmittel ausgenommen — durch die Kursangleichung beendet wurde, verschiedene Waren sich bereits verteuerten und bei anderen noch Preissteigerungen erwartet werden, decken die Konsumenten zumindest ihren laufenden Bedarf. Diese zusätzliche Nachfrage wird teilweise durch Konsumkredite finanziert, die gegenüber dem Vorjahr stark ausgeweitet sein dürften (Statistiken fehlen allerdings).

Die Umsatzentwicklung war in den einzelnen Branchen und Betriebsformen sehr unterschiedlich. Obwohl sich die Nachfrage der Konsumenten während der Urlaube stets zugunsten der Gaststätten und Produzenten verschiebt, hat der *Lebensmitteleinzelhandel* im Juli insgesamt um 8% mehr und je Verkaufstag gleichviel umgesetzt wie im Vormonat. Die Umsätze von Juli 1952 wurden wertmäßig um 11% und mengenmäßig um etwa 13% überschritten. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr, die schon seit Monaten anhält, erstreckt sich vor allem auf hochwertige tierische Nahrungsmittel (Würste, Eier, Butter, Käse), Süßwaren, Getränke und andere Genußmittel. Da die Nachfrage nach diesen Waren sehr elastisch ist, steigern schon verhältnismäßig geringe Einkommenserhöhungen oder Preisrückgänge

<sup>1)</sup> Auf Grund von überschlägigen Berechnungen hat die erste Etappe der Entnivellierung das Einkommen der öffentlichen Bediensteten insgesamt um etwa 8% erhöht. Da auf den öffentlichen Sektor nur etwa 20% der Bruttolohnsumme entfallen, ist das gesamte Einkommen der Unselbständigen nur um etwa 1,5% gestiegen. Einschließlich der Lohn- und Gehaltserhöhungen in anderen Zweigen, dürfte die Zunahme der Masseneinkommen gegenüber dem Vorjahr kaum mehr als 3 bis 4% betragen. Die Aufhebung der Grenze für den Bezug der Kinderbeihilfe hat sich im Juli noch nicht ausgewirkt.

den Absatz. Die Umsätze von *Tabakwaren* nahmen um 9% zu und waren um 2% höher als im Juli 1952. Der Verkauf neuer, besserer Sorten belebt den Umsatz. Rauchtabake sind schwer verkäuflich, ihr Absatz ist bedeutend niedriger als im Vorjahr.

Der Geschäftsgang im Handel mit Möbeln und Wohnbedarf war im 1. Halbjahr schwächer als in den anderen erfaßten Branchen, hat sich aber im Juli merklich gebessert. Die Käufe von *Möbeln, Teppichen, Gardinen* nahmen im Juli entgegen den Saisonerwartungen um 16% (je Verkaufstag um 8%) zu und waren — erstmals in diesem Jahr — wertmäßig um 7%, mengenmäßig sogar um etwa 12% höher als im Vorjahr. Auch die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 13%, waren allerdings wertmäßig um 2% geringer und mengenmäßig nur knapp so hoch wie im Vorjahr. Das hohe Umsatzvolumen von Juli 1951 wurde in beiden Branchengruppen noch lange nicht erreicht (— 11%). Die Käufe von Möbeln und sonstigen Artikeln des Wohnbedarfes werden vorwiegend und in zunehmendem Umfang durch Konsumkredite finanziert.

Schulschluß, Urlaubssaison und erhöhter Fremdenzustrom haben den Absatz der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren begünstigt. U. a. wurden *Lederwaren* um 16%, *Parfumerie- und Drogeriewaren* um 14%, *Papierwaren* um 10%, *Spielwaren* um 30% mehr verkauft als im Vormonat. Mengenmäßig waren die Umsätze dieser Warengruppe im Durchschnitt um etwa 12% höher als im Juli 1952 und um 25% höher als im Juli 1951.

Die in den letzten Monaten relativ schwachen Umsätze von *Schuhen* nahmen im Juli wieder um 4% zu (je Verkaufstag um 2% ab); mengenmäßig waren sie um etwa 15% höher als im Vorjahr. Das relativ gute Ergebnis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß infolge des ungünstigen Wetters im Juni und Juli die Konsumenten ihren Bedarf an Sommerschuhen stoßartig bei den Saisonschlußverkäufen deckten, die in Wien am 20. Juli begannen. Trotzdem dürfte die Produktion an Sommerschuhen, die heuer bedeutend höher war als im Vorjahr, nur teilweise abgesetzt worden sein, so daß bei Industrie und Handel noch Restbestände lagern.

Von allen erfaßten Branchen waren es allein *Textilien*, deren Umsätze gegenüber dem Vormonat (insgesamt um 19%, je Verkaufstag um 25%) sanken. Die Umsätze von Juli 1952 wurden wertmäßig nicht erreicht (— 15%), mengenmäßig jedoch um etwa 8% überschritten. Der Geschäftsgang war allerdings je nach dem Umfang und dem Erfolg der Saison-

räumungsverkäufe in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich. Die Umsätze in den großen Warenhäusern, deren Saisonräumungsverkäufe sehr umfangreich und preiswert sind und daher gut besucht werden, nahmen im Juli sogar zu und waren auch wertmäßig bedeutend höher als im Vorjahr.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* stiegen im Juli um 3% auf 381 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag) und waren um 1% höher als im Juli 1952. Demgegenüber ist der Index der Einzelhandelsumsätze im Juni um 3% gefallen und war um 10% höher als im Vorjahre. Zeitliche Verschiebungen und der abweichende Geschäftsgang im Großhandel und in vorgelagerten Produktionsstufen erklären nur teilweise diese Diskrepanz. Außerdem werden die Umsatzsteuereingänge netto, nach Abzug der Ausfuhr- und Ausfuhrhändlervergütung, ausgewiesen. Diese schwankt jedoch je nach Höhe und Zusammensetzung des Exports und nach dem Zeitpunkt der Antragstellung und der Bewilligung sehr stark. Die Änderung der Vergütungssätze ab 1. Juli wird sich erst in den nächsten Monaten auf die Umsatzsteuereinnahmen auswirken.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Juli 182 Mill. S ein, um 1% mehr als im Vormonat und um 13% mehr als im Juli 1952. Die Erträge der Bier- (+ 11%), Zucker- (+ 68%), Salz- (+ 46%), Zündmittel- (+ 155%) und Leuchtmittelsteuer (+ 52%) nahmen gegenüber Juni zwar beachtlich zu. Da sich jedoch die Eingänge an Tabaksteuer, auf die über die Hälfte der gesamten Verbrauchssteuereinnahmen entfallen, kaum veränderten und die Erträge der übrigen Steuern sanken, hat sich auch das Gesamtaufkommen nur um 2 Mill. S erhöht. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr erstreckt sich nahezu auf alle Verbrauchssteuern, ausgenommen Tabak- und Weinsteuer. Er ist teils höheren Belastungssätzen (Mineralöl, Bier), teils echten Konsumerhöhungen zu verdanken.

#### Eingänge an Weinsteuer und Weinverbrauchsabgabe

Monat	1952			1953		
	Weinsteuer	Verbrauchsabgabe	Insgesamt	Weinsteuer	Verbrauchsabgabe	Insgesamt
			1.000 S			
I.....	3.793'4	2.943'9	6.737'3	3.435'2	2.342'4	5.777'6
II.....	3.105'7	1.799'0	4.904'7	2.977'9	1.938'7	4.916'6
III.....	3.516'0	1.682'4	5.198'4	2.935'9	1.745'7	4.681'6
IV.....	3.406'3	1.502'0	4.908'3	2.976'6	2.573'7	5.550'3
V.....	3.180'8	1.382'9	4.563'7	2.994'0	1.768'0	4.762'0
VI.....	3.274'8	1.503'2	4.778'0	3.089'3	1.763'6	4.852'9
VII.....	3.082'1	2.048'8	5.130'9	2.735'5	1.157'1	3.892'6
I.—VII.....	23.359'1	12.862'2	36.221'3	21.144'4	13.289'2	34.433'6

In den ersten sieben Monaten 1953 war der Ertrag der Weinsteuer (Mengensteuer) um 10% niedriger, der der Verbrauchsabgabe (Wertsteuer) um

3% höher als im Vorjahr. Daraus kann man schließen, daß die versteuerte Weinmenge und damit auch der Weinkonsum abgenommen hat, die Umsätze aber infolge höherer Durchschnittspreise (durch Verlagerung des Verbrauchs zugunsten besserer Sorten) zugenommen haben. Infolge der relativ niedrigen Bierpreise (der Preisindex für Wein beträgt derzeit 889, der für Bier aber nur 396; April 1938 = 100) verschiebt sich der Getränkekonsum zunehmend zugunsten von Bier.

#### Arbeitslage

Dazu *Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16*

Der Arbeitsmarkt hat sich im Juli und August stärker belebt, als saisongemäß zu erwarten war.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Juli um 12.600 Personen (0'6%) auf 1,966.800<sup>1</sup>). Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel, die im Juli vorigen Jahres 1.100 Personen entlassen hatten, nahmen heuer 8.900 zusätzliche Arbeitskräfte auf. Die Landwirtschaft stellte 3.300 neue Arbeitskräfte ein, ebensoviel wie in den beiden letzten Jahren. Auch der Personalstand der Bundesbahnen hat etwas zugenommen. Allerdings dürfte es sich hier nur um einen vorübergehenden Saisonbedarf handeln, der durch größere Verkehrsanforderungen und umfangreichere Oberbauarbeiten im Sommer ausgelöst wurde. Die Zahl der übrigen Bundesangestellten nahm im Juli um 200 Personen ab.

Im August stieg die Beschäftigung um weitere 15.600 (0'8%) Personen auf 1,982.400<sup>2</sup>). Sie hat damit den Höchststand des Vorjahres (1,985.400) fast erreicht und dürfte ihn im September überschreiten. Ende August 1953 gab es außer in Vorarlberg und Tirol auch in der Steiermark und in Wien mehr Beschäftigte als im August 1952. Selbst in Niederösterreich liegt die Beschäftigtenzahl nur noch um weniger als 1.000 Personen darunter. Allerdings war die Gesamtzahl der Beschäftigten noch immer um 64.700 niedriger als im August 1951.

Die Zunahme der Beschäftigung ist im August stets relativ hoch und meist größer als im Juli. Der Arbeitsmarkt empfängt noch Impulse aus Bauwirtschaft und Fremdenverkehr, gleichzeitig werden in den Verbrauchsgüterindustrien bereits Vorbereitungen für die Herbst- und Weihnachtssaison getroffen. In Wien werden diese Auftriebskräfte durch die Vorbereitungen für die Herbstmesse verstärkt. Ein Teil der Beschäftigtenzunahme im August dürfte auch auf

<sup>1</sup>) Die im letzten Monatsbericht genannte *vorläufige* Zahl war um 1.400 Personen niedriger.

<sup>2</sup>) Vorläufige Zahl.

*Zunahme der Beschäftigung, Abnahme der Arbeitslosigkeit, besetzte Lehrstellen*

Monat	Beschäftigung	1951 Arbeits- losigkeit	Lehr- stellen	1.000 Personen			Beschäftigung	1953 Arbeits- losigkeit	Lehr- stellen
				Beschäftigung	1952 Arbeits- losigkeit	Lehr- stellen			
VI. ....	+23.500	-17.200	1.800	+1.000	-5.500	1.600	+15.200	-13.600	1.500
VII. ....	+15.400	- 6.600	7.300	+3.400	-2.000	6.300	+12.500	- 8.800	5.200
VIII. ....	+12.600	- 3.700	5.600	+5.100	-1.100	5.600	+15.600	- 5.100	

Q.: Bundesministerium für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter.

die Neubesetzung von Lehrstellen zurückgehen<sup>1)</sup>. Da andererseits die Lehrstellenbewerber nur teilweise — soweit sie sich auch um Hilfsarbeiterstellen bewerben — in der Arbeitslosenstatistik enthalten sind, ist im August die Differenz zwischen der Zunahme der Beschäftigung und der Abnahme der Arbeitslosigkeit größer als gewöhnlich<sup>2)</sup>.

Die *Arbeitslosigkeit* ging im August um 5.100 (3,8%) auf 129.200 Personen zurück. Während die Abnahme im Juli noch ziemlich allgemein war — nur die Bekleidungsarbeiter, die Lederarbeiter sowie die arbeitslosen Techniker bildeten eine Ausnahme —, stieg die Arbeitslosigkeit im August bereits in einer Reihe von Branchen und Betriebsgruppen. So ist die Zahl der arbeitslosen Hotel- und Gaststättenarbeiter leicht gestiegen; nur in Kärnten, Salzburg und Vorarlberg ging sie noch zurück. Die Zahl der arbeitslosen Bau- und Bauhilfsarbeiter nahm zwar noch um fast 1.400 Personen (27% des Gesamtrückganges der Arbeitslosigkeit) ab, doch überwogen in Wien und Niederösterreich schon Entlassungen. Am stärksten war die Abnahme im Burgenland, in Kärnten und in Oberösterreich, also in Ländern, in denen besonders viel Bauarbeiter arbeitslos waren. Wie schon im Juli wurden auch im August hauptsächlich Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter gesucht.

Ziemlich einheitlich, aber sehr schwach, war der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Holzarbeitern und — trotz Absatzmangel in der Eisen- und Metallwarenindustrie — bei den Metallarbeitern.

In Wien und Niederösterreich wurden arbeitslose Textilarbeiter in stärkerem Ausmaß in den Arbeitsprozeß eingegliedert, in der Steiermark und in Oberösterreich dagegen Textilarbeiter entlassen. Die Zahl der stellensuchenden Bekleidungsarbeiter lag Ende Juli nur knapp über dem Vorjahresstand (die Zahl der Schuharbeiter trotz Absatzschwierigkeiten des Handwerks sogar etwas darunter). In dieser Berufs-

<sup>1)</sup> Sie wird durch die Statistik der Arbeitsämter zum allergrößten Teil erfaßt.

<sup>2)</sup> Außerdem dürfte eine Rolle spielen, daß Arbeitskräfte, die sich nicht zur Vermittlung vormerken ließen, während der Hochsaison Beschäftigung finden, wie z. B. Frauen und Mädchen im Gastgewerbe.

klasse dürfte der sommerliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Juli erreicht worden sein. Die günstige Arbeitslage für Papierarbeiter und chemische Arbeiter (einschließlich Gummiarbeiter) dürfte weiter anhalten.

Ende August 1953 waren rund 13.400 mehr Personen arbeitslos als im August 1952 und 58.600 mehr als im gleichen Monat 1951. Von den 13.400 zusätzlichen Arbeitslosen entfielen fast 5.900 (44%) auf Bauarbeiter, 3.500 (26%) auf Metallarbeiter und 1.200 (9%) auf Holzarbeiter. Die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter dagegen war um 4.100 niedriger. Außer in Vorarlberg gibt es nun auch in Tirol weniger Arbeitslose als im August 1952. Besonders ungünstig ist nach wie vor die Lage in Niederösterreich.

Die Belegung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten war von einem Rückgang der *Kurzarbeit* begleitet. Im Höhepunkt Ende Februar gab es 8.830 Kurzarbeiter in 59 Betrieben, Ende Juli aber nur noch 4.858 in 33 Betrieben. Von den Kurzarbeitern waren Ende Februar (Ende Juli) 2.783 (2.074) in der Textilindustrie und 4.818 (2.384) in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigt. Es ist bekannt, daß die Kurzarbeit in der Edlstahlindustrie — die sich international in einer schwierigen Lage befindet — im August gestiegen ist. Im Vorjahr hatten Ende Juli 17.126 Personen in 126 Betrieben Kurzarbeiterunterstützung erhalten, davon 12.489 in der Textil- und 1.214 in der Eisen- und Metallindustrie<sup>3)</sup>.

Die Statistik über Kurzarbeit könnte wertvolle Hinweise über die Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt geben. Da Betriebe bei Absatzrückgang zunächst zu Kurzarbeit übergehen, bevor sie sich zu Entlassungen oder Betriebsstillegung entschließen, kommen Veränderungen der Konjunkturlage in den Kurzarbeiterständen früher zum Ausdruck als in den Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen. Außerdem läßt sich die relativ kleine Zahl von Arbeitern und Betrieben, die jeweils von Kurzarbeit betroffen werden, viel genauer aufgliedern als die Zahl der Arbeits-

<sup>3)</sup> Erfaßt werden nur Betriebe und Personen, die Kurzarbeiterentschädigung aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung erhalten. Die Zahlen werden von Zeit zu Zeit vom Bundesministerium für soziale Verwaltung mitgeteilt.

losen. Im gegenwärtigen Zustand ist jedoch die hauptsächlich Verrechnungszwecken dienende Statistik über Kurzarbeit für eine feinere Konjunktur- und Arbeitsmarktbeobachtung ungeeignet, denn die Betriebe sind rechtlich nicht verpflichtet, den Übergang zu Kurzarbeit oder die Rückkehr zu Vollarbeit sofort zu melden. An- und Abmeldungen langen vielfach verspätet ein, so daß der jeweilige Stand der Kurzarbeit verzerrt wiedergegeben wird.

Um die Arbeitslosigkeit unter den *Jugendlichen* genauer verfolgen zu können, wird das Bundesministerium für soziale Verwaltung von nun an zwei Gruppen von Arbeitslosen, die 14- und 15jährigen (Jahrgang 1938 und jünger) sowie die 16- und 17jährigen (Jahrgang 1936 und 1937) monatlich gesondert ausweisen. Ihre Zahl betrug Ende Juli 688 und 1.507. Es handelt sich hier aber nur um Jugendliche, die „Arbeitsplätze“ suchen. Die Zahl der Lehrstellenbewerber stieg im Juli um 3.547 auf 31.294 und liegt um 8.972 über dem Vorjahresstand. Von ihnen bemühen sich 234 (im Vorjahre 236) auch um Hilfsarbeit und sind daher, sofern sie den entsprechenden Jahrgangsklassen angehören, in den oben genannten Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen inbegriffen.

## Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Monatsleistung im *Güterverkehr* der Bundesbahnen ist im Juli infolge der größeren Zahl von Arbeitstagen (27 gegen 25 im Juni) auf 457,6 Mill. netto-*t-km* und 152.945 gestellte Wagen gestiegen. Dagegen wurden je Arbeitstag saisongemäß um 3,5% weniger Wagen gestellt als im Juni. Der Rückgang war bei Holz mit minus 10,4% am stärksten, er erstreckte sich aber nahezu auf alle Güterarten. Die Nachfrage nach Frachtraum ist seit Mai höher als im Vorjahr. Von Jänner bis April 1953 war die

Wagenstellung mit durchschnittlich 5.503 Wagen je Arbeitstag um 8% niedriger, von Mai bis Juli aber mit 5.857 Wagen um 3% höher als im gleichen Zeitraum 1952. Es haben vor allem die Verladungen von Papier und Holz (beide hauptsächlich im Exportverkehr) sowie von Kohle und Koks zugenommen.

Die Wagenlage war im Juli befriedigend, denn 95,1% des Bedarfes konnten gedeckt werden. Die Zahl der abgestellten Schad- und Untersuchungswagen betrug 4.126, die Wagenumlaufzeit 5,2 Tage. Knapp waren weiterhin lange Flachwagen sowie die für die Holztransporte dringend benötigten Hochbordwagen mit mehr als 20 *t* Ladegewicht. Solche Verknappungen entstehen zeitweilig, da der Wagenausgleich im Rahmen des EUROP-Wagenpools nur zahlen- aber nicht typenmäßig erfolgt. In der zweiten Julihälfte lösten Getreideernte sowie größere Stickstoffverfrachtungen einen erhöhten Bedarf an gedeckten Wagen aus, der von den Bundesbahnen nur mit Mühe gedeckt werden konnte.

Die Änderung des Schillingkurses machte eine Korrektur der Seehafentarife notwendig. Da sie auf Schweizer Francs lauten, müßte der österreichische Verfrachter nicht nur für die ausländische Strecke, sondern auch für den heimischen Transportabschnitt höhere Frachten zahlen. Das aber wäre unbillig und widerspräche dem Ziel der Kursangleichung. Mit Italien konnte unmittelbar nach der Kursanpassung eine neue Vereinbarung getroffen werden. In den Seehafentarifen für Triest und Venedig wurden die Frachtsätze für den österreichischen Transportabschnitt im Ausmaß der Kursänderung ermäßigt. Außerdem wurde die Brennerstrecke in den Tarif einbezogen. Die Frachten auf den italienischen Strecken wurden etwas gesenkt. Mit Westdeutschland kam dagegen bisher eine befriedigende Regelung nicht zustande. Die deutschen Bundesbahnen schieben die Verhandlungen über eine Reihe wichtiger Artikeltarife des deutsch-österreichischen Seehafentarifes hinaus und waren bisher nicht zu ähnlichen Konzessionen bereit, wie sie von Italien gewährt wurden. Erstaunlicherweise haben auch die Nordseehäfen nicht auf einen raschen Vertragsabschluß gedrängt. Auf längere Sicht ist jedoch eine Revision der deutschen Tarife unvermeidlich, denn die Nordseehäfen können nur im Geschäft bleiben, wenn die Frachten über die Nordroute nicht teurer kommen als über die Südroute.

Im *Schiffsverkehr* auf der Donau wurden im Monat Juli 255.023 *t* befördert. Der Rückgang gegenüber Juni um 5,6% wurde hauptsächlich durch einen geringeren Kohleneinlauf in Regensburg verursacht.

### Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	April	Mai	Juni	Juli	Juli	
					(+) insges.	(-) Arbeits- tag
					gegen Vormonat insges. Arbeits- tag in %	
Insgesamt .....	146.142	139.603	146.727	152.945	+ 4,2	- 3,5
davon						
Kohle, Koks .....	18.972	20.071	20.032	21.290	+ 6,3	- 1,5
Holz .....	19.572	18.817	19.659	19.015	- 3,3	- 10,4
Baustoffe .....	20.404	21.063	21.948	22.050	+ 0,5	- 6,9
Eisen, Metalle ....	9.599	9.356	9.857	10.638	+ 7,9	0
Papier, Zellstoff ...	4.203	4.093	4.375	4.386	+ 0,3	- 7,4
Erze .....	6.604	6.090	7.600	7.843	+ 3,2	- 4,3
Kunstdünger .....	6.013	3.276	1.761	2.195	+ 24,6	+ 15,7
Nahrungsmittel ...	7.662	7.870	8.442	8.705	+ 3,1	- 4,7
Stückgut .....	25.216	23.502	26.347	26.646	+ 1,1	- 6,4
Sammelgut .....	3.852	3.664	4.042	4.445	+ 10,0	+ 1,9
Zuckerrüben .....	—	1	2	—	—	—
Andere .....	24.045	21.800	22.662	25.732	+ 13,5	+ 5,2

Von der gesamten Tonnage entfielen 204.437 t auf die Ein- und Ausfuhr, 35.950 t auf den Transit und 14.636 t auf den Inlandsverkehr. Der besonders hohe Transitverkehr — er erreichte nahezu die Hälfte der Transitleistung vom 1. Halbjahr — wurde ausschließlich von der jugoslawischen Schifffahrtsgesellschaft durchgeführt, die ab 1. Juni ihre Transitsätze stark ermäßigt hat. Dieser neue Transittarif benachteiligt Österreich, denn seine Begünstigungen gelten nur für Transitgut durch Deutschland (sowohl nasse wie trockene Grenze) und bei Aufgabe in Regensburg oder Passau. Damit werden nicht nur die Häfen Linz und Wien, sondern auch die Spediteure sowie die ÖBB von diesem Transitsgeschäft ausgeschaltet. Schweizerisches und norditalienisches Transitgut z. B. kann nunmehr vielfach günstiger über Regensburg oder Passau statt über Linz geleitet werden.

#### Schiffsverkehr auf der Donau

	März	April	Mai in t	Juni	Juli
Gesamt .....	262.854	239.392	243.332	270.114	255.023
Einfuhr .....	155.041	143.238	157.337	164.577	135.189
Ausfuhr .....	63.224	62.751	59.789	73.685	69.248
Inland .....	26.955	22.712	11.473	12.477	14.636
Transit .....	17.634	10.691	14.733	19.375	35.950
Hafenumschlag					
Linz .....	211.549	187.728	180.118	210.630	194.787
Wien .....	55.077	55.528	54.594	45.915	36.028
Waren					
Kohle .....	136.008	131.963	132.041	143.398	111.594
Roheisen .....	49.614	40.572	39.512	46.923	47.335
Bleche .....	11.678	10.979	11.013	9.348	10.108
Mineralölprodukte ..	22.924	14.181	11.565	13.999	11.264
Andere .....	42.630	41.697	49.201	66.446	74.719

Nachdem im Juli 1952 der Abschnitt Linz—Wien für die DDSG freigegeben wurde, gestattete im Juli d. J. die russische Besatzungsmacht auch der deutschen und französischen Schifffahrt den Verkehr bis Wien. Den Anlaß hiezu ergaben Mineralöltransporte nach Deutschland, wozu Tankschiffe des Bayerischen Lloyd verwendet wurden. Da die Schiffe Deckladung mitführen dürfen, ist auch ein begrenzter Stückguttransport möglich. Es ist zu erwarten, daß der deutschen Schifffahrt in Kürze eine generelle Transportgenehmigung erteilt wird. Die voraussichtliche Frequenzsteigerung im Wiener Hafen beschleunigt die Aufbauarbeiten in der Freudenua und in Albern. Zur Zeit werden zwei Magazine mit einer gedeckten Fläche von 2.100 m<sup>2</sup> und ein Wippsdrehkran mit 3'2 bis 6 t Tragfähigkeit errichtet.

Im *Flugverkehr* reisten im Monat Juli 4.455 Personen ein und 4.034 Personen aus. Die Gesamtfrequenz lag um 228 Personen höher als im Juni. Die russische Besatzungsmacht hat Ende Juli den skandinavischen und niederländischen Fluggesellschaften erlaubt, die niederösterreichischen Häfen unbeschränkt anzufliessen. Bisher durften sie nur ein-

mal wöchentlich landen. Voraussichtlich werden demnächst auch andere interessierte Gesellschaften die gleiche Genehmigung erhalten. Dadurch dürfte sich der Flugverkehr nach Wien stärker beleben, da bisher einige Gesellschaften wegen der Unsicherheit der Fluggenehmigung darauf verzichtet haben, Wien überhaupt anzufliessen.

Der *Fremdenverkehr* stieg im Monat Juli, hauptsächlich dank einem starken Zustrom aus Deutschland, auf 3'76 Mill. Übernachtungen, gegen 3'32 im Juli 1952. Der Ausländerverkehr war mit 1'56 Mill. Übernachtungen um 34% höher als im Vorjahr; 763.063 oder 49% aller Übernachtungen entfielen auf westdeutsche Reisende. Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen 336'9 Mill. S, um 92% mehr als im Juli 1952.

Die Camping-Übernachtungen sind in obigen Zahlen nur teilweise enthalten. Insgesamt dürften in dieser Saison ungefähr 360.000 Camping-Übernachtungen erreicht worden sein, gegen 120.000 im Vorjahr. Das sind ungefähr 3% der voraussichtlichen Gesamtfrequenz in der Sommersaison. Die Zahl der gesicherten, mit Personal und verschiedenen technischen Einrichtungen ausgestatteten Plätze ist von 30 im Jahre 1952 auf 50 in dieser Saison gestiegen. Die freien, meist an Gasthäuser angeschlossenen und nicht ausgestatteten Plätze erhöhten sich von 100 auf 200.

#### Außenhandel

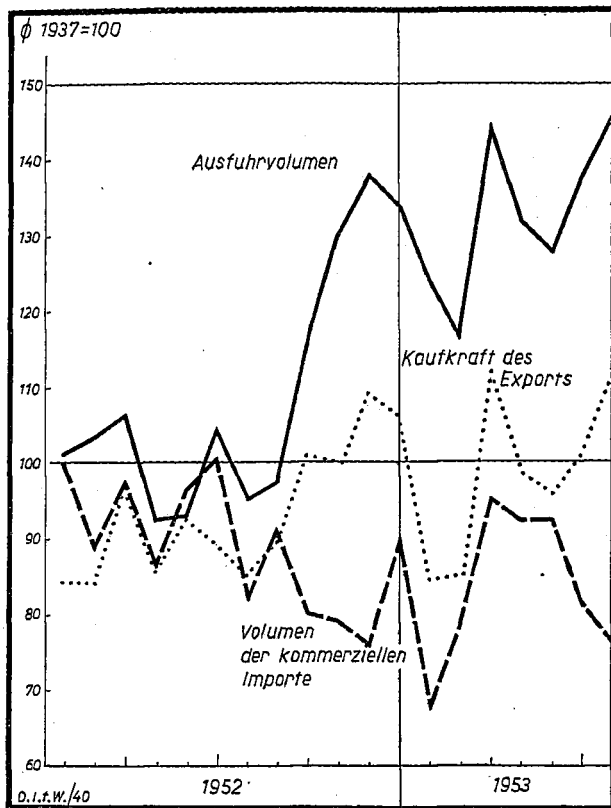
Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im Juli ging die *Einfuhr* neuerdings zurück. Ihr Wert sank zum erstenmal seit Jänner unter die Milliarden-grenze (auf 996 Mill. S), ihr Volumen fiel auf 80% von 1937. Besonders stark war der Rückgang der Nahrungs- und Genußmitteleinfuhr (— 103 Mill. S); ihr Anteil an der Gesamteinfuhr betrug nur noch 17% gegen 31% im Juli 1952. Auch die Einfuhr von Halb- und Fertigwaren, Maschinen und Brennstoffen ging zurück. Nur Futter- und Düngemittel, Chemikalien und Rohstoffe (ohne Brennstoffe) wurden geringfügig mehr importiert als im Vormonat. Die ERP-Einfuhren betragen im Juli nur 38 Mill. S oder 3'8% der Gesamteinfuhr gegen 14% im Jahre 1952.

Die *Ausfuhr* erreichte im Juli entgegen dem üblichen Saisonrückgang einen neuen Höhepunkt. Das Ausfuhrvolumen betrug 146% von 1937 und übertraf damit den im März erreichten Höchststand um zwei Punkte. Der Schillingwert der Ausfuhr war mit 1.178 Mill. S um 35 Mill. S höher als im Vormonat. Diese „saisonwidrige“ Zunahme der Ausfuhr

### Volumen und Kaufkraft des Exportes und Volumen der kommerziellen Importe

(Normaler Maßstab;  $\phi$  1937 = 100)



Das Ausfuhrvolumen konnte seit August 1952 stark gesteigert werden; seit Anfang 1953 liegt es stets um 20 bis 40% über dem Vorkriegsvolumen. Diese Steigerung wurde jedoch zum Teil durch eine Senkung der Exportpreise erreicht, während sich die Importpreise nur wenig veränderten. Mit dem Exporterlös kann daher trotz beachtlicher Steigerung des Exportvolumens nur ein Importvolumen bezahlt werden, das wenig höher ist als das Importvolumen des Vorjahres. Dennoch hat sich die Handelsbilanz stark verbessert, da gleichzeitig das Volumen der kommerziellen Importe gesunken ist. Die kommerzielle Handelsbilanz war von Jänner bis Juli 1953 nahezu ausgeglichen.

läßt darauf schließen, daß sich die Wechselkursangleichung nunmehr voll auswirkt.

Besonders günstig hat die Wechselkursangleichung den Handelsverkehr mit den OEEC-Staaten beeinflusst. Der Export in diese Länder konnte im Juli — hauptsächlich dank größeren Lieferungen nach Holland und Italien — neuerlich um 341 Mill. S gesteigert werden. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber

den OEEC-Staaten erhöhte sich von 526 Mill. S im Juni auf 1344 Mill. S im Juli (im gesamten kommerziellen Außenhandel betrug er 220 Mill. S). Der Anteil der OEEC-Länder am österreichischen Export betrug im Jahre 1952 und in der Periode Jänner bis April 1953 nicht ganz 65%, in der Periode Mai bis Juli 1953 jedoch — bei steigender Tendenz — 71%. Außer nach Westeuropa konnte die Ausfuhr im Juli auch nach den meisten anderen Wirtschaftsgebieten etwas gesteigert werden. Nur der Wert der Ausfuhr in die Ostblockstaaten (ohne Jugoslawien und Finnland) ging von 116 Mill. S im Juni auf 85 Mill. S im Juli (107 Mill. S im Juli 1952) oder 7% der Gesamtausfuhr zurück.

Die Handelsbilanz hat sich seit Jahresbeginn stark gebessert. Das „Defizit“ im kommerziellen Außenhandel betrug in den Monaten Jänner bis Juli 1953 nur 18 Mill. S gegen 1.205 Mill. S im Jahre 1952. Der rasche Abbau des Einfuhrüberschusses war nur teilweise die Folge einer Ausfuhrsteigerung. Wohl war das Ausfuhrvolumen im Durchschnitt der ersten sieben Monate 1953 um 22% höher als im Durchschnitt 1952. Dies haben jedoch nur starke Preiskonzessionen ermöglicht, die die Austauschbedingungen im österreichischen Außenhandel verschlechterten. Die Kaufkraft der Exporte<sup>1)</sup> — das Importvolumen, das mit diesen Exporten erworben werden konnte — ist nur um 65% gestiegen. Die Entlastung der Handelsbilanz wäre daher gering gewesen, wenn nicht gleichzeitig das Volumen der kommerziellen Einfuhr um 67% zurückgegangen wäre. Erst das Zusammenwirken von Exportsteigerung und Importdrosselung ergab — trotz Verschlechterung der Austauschverhältnisse — eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz.

#### Volumen und Kaufkraft des Exports, Volumen der kommerziellen Importe

Zeit	Ausfuhrvolumen	Index der Kaufkraft (Einkaufskapazität) des Exports 1937 = 100	Volumen der kommerziellen Importe
1950 .....	101	86	78
1951 .....	110	88	87
1952 .....	109	93	89
1953 (I.—VII.)	133	99	83

<sup>1)</sup> Der Begriff „Kaufkraft des Exports“ und ihre Messung wurde in Nr. 9 der Monatsberichte, Jg. 1952, S. 260 ff. erläutert.